

2 Nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Unternehmensführung

Das in diesem Buch zu entwickelnde Konstrukt der Corporate Sustainability Governance fußt mit seinem Bezug zum globalen Nachhaltigkeitsleitbild und zum eher diffusen Governance-Konzept gleich auf zwei Begrifflichkeiten, die als „Buzzwords“ und „Fuzzwords“⁶⁹ gelten dürfen: Beide „schwirren“ (engl.: to buzz) durch verschiedene Verwendungskontexte und scheinen in manchen Diskursen geradezu ubiquitär anzutreffen, dabei jedoch oft verbunden mit unterschiedlichen Inhalten und Bedeutungszusammenhängen. Das macht Nachhaltigkeit und Governance zugleich „fuzzy“, also unscharf, weshalb beide Begriffe in diesem und dem darauf folgenden Kapitel erst einmal in ihrer inhaltlichen Breite vorgestellt werden, bevor in Kapitel 4 der Versuch unternommen wird, sie von verschiedenen Bezugskontexten zu lösen und in einen grundlegenden Beziehungszusammenhang zu stellen.

Bei der Einführung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung in Kapitel 2.1 wird zunächst antichronologisch vorgegangen. An erster Stelle stehen die jüngsten Entwicklungen der globalen Nachhaltigkeitspolitik seit der Weltkonferenz Rio+20 im Jahr 2012. Die hier skizzierte Entstehung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung⁷⁰ dient geradezu als Musterbeispiel für die Illustration der Mechanismen eines „Global Governance“-Prozesses⁷¹ und zeigt deutlich, wie stark das Leitbild und die damit verbundenen inhaltlichen Aspekte mit politischen, governance-bezogenen Fragestellungen verknüpft sind.

Zu diesen zählen zum Beispiel:

- Wie ist eine globale Nachhaltigkeitspolitik ohne „Weltregierung“ formulier- und umsetzbar,

⁶⁹ Zur Wahl der beiden Begrifflichkeiten „Buzzwords“ und „Fuzzwords“ vgl. das Herausgeberwerk von Cornwall, Eade (Hrsg.) (2010), das sich mit dem globalen Entwicklungsdiskurs auseinandersetzt.

⁷⁰ Vgl. United Nations (2015b).

⁷¹ Das Global Governance-Konzept wird in Kapitel 3.3.1 ausführlich vorgestellt, vgl. zu den Bezügen zwischen Global Governance und Corporate Sustainability Kapitel 4.2.5.

- welcher strukturellen Voraussetzungen und Institutionen (an dieser Stelle im Sinne von Organisationen sowie formalen Regeln) bedarf es, um souveräne Nationalstaaten mit unterschiedlichen Interessenlagen im Rahmen gemeinsamer politischer Nachhaltigkeitsbestrebungen zusammenzubringen und
- wie können die Bedürfnisse und Forderungen großer Teile der Weltbevölkerung adäquat in diesen Prozessen abgebildet werden?

Im Anschluss an die Vorstellung des gegenwärtigen, politischen Nachhaltigkeitsdiskurses der internationalen Staatengemeinschaft wird schließlich ergänzend auf die Genese sowie die grundlegenden Aussagen und Prinzipien des Leitbilds eingegangen.

In Kapitel 2.2 wird nachhaltige Entwicklung aus einer ökonomischen Perspektive eingeführt und gezeigt, dass Nachhaltigkeit auf eine lange Geschichte als ökonomisches Handlungsprinzip zurückblicken kann. In diesem Zuge wird auch auf die Fragen eingegangen, weshalb dieses Prinzip bisher nicht generell in die Ökonomie Einzug gefunden hat und – eng damit verknüpft – inwieweit zwischen mikroökonomischem und gesamtsystemischem Nachhaltigkeitsstreben Steuerungslücken bestehen können, die wiederum für eine Betrachtung von Corporate Sustainability Governance von vorrangigem Interesse sind.

2.1 Das Leitbild nachhaltiger Entwicklung

2.1.1 Nachhaltige Entwicklung im aktuellen internationalen Diskurs: Agenda 2030 und Sustainable Development Goals

Im September 2015 wurde von der UN Generalversammlung die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“⁷² verabschiedet. Ihre Genese und die Entstehung der damit verbundenen Sustainable Development Goals werden in diesem Abschnitt näher beschrieben. Dabei wird gezeigt, dass dieser globalen Agenda mit ihrem integrierten Zielkatalog für entwicklungs- und nachhaltigkeitspolitische Zielstellungen jahrelange, zum Teil voneinander losgelöst laufende Vorbereitungsprozesse vorausgingen.

⁷² Vgl. United Nations (2015b).

Diese hatten ihren Ursprung in den zwei bis dahin eher unverbundenen Linien der UN Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik, die erst im Zuge der aktuellen Agenda-Entwicklung zusammengeführt wurden. Beide Entwicklungslinien und die mit ihnen verbundenen Zuständigkeiten innerhalb der UN-Institutionen sind in Abbildung 2 in der Übersicht zusammengestellt und werden in den folgenden Abschnitten erörtert.

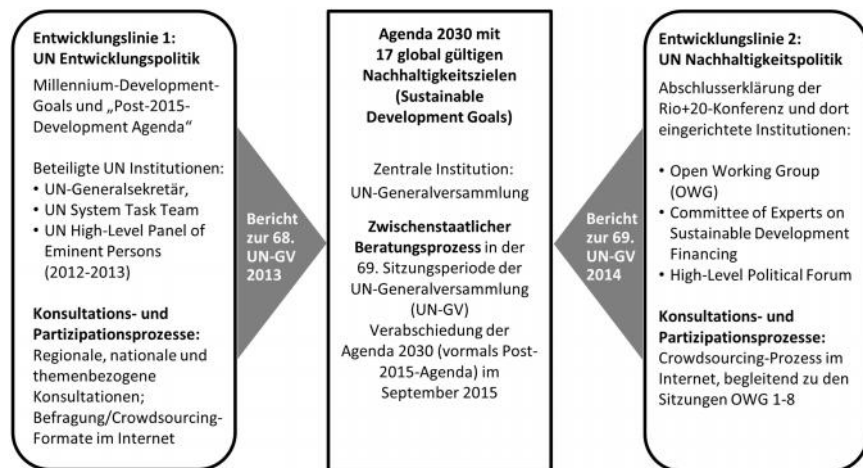


Abbildung 2: Entstehung der Agenda 2030 im Post-2015-Prozess der Vereinten Nationen⁷³

2.1.1.1 Entwicklungslinie 1: UN Entwicklungspolitik und Millennium-Development-Goals

Die erste Entwicklungslinie der Agenda 2030 ist auf die Entwicklungspolitik der Vereinten Nationen zurückzuführen, deren Arbeit sich in den ersten 15 Jahren des neuen Jahrtausends an einem eigenen Zielkatalog globaler Entwicklungsziele orientierte.

So war das Jahr 2015 das Zieldatum der acht sogenannten Millenniumsziele der Vereinten Nationen (Millennium Development Goals, MDGs), die als Folge des Millenniumgipfels der Staatengemein-

⁷³ Eigene Darstellung.

schaft im Jahr 2000 verabschiedet wurden⁷⁴ und seitdem die UN-Entwicklungspolitik und damit die globale Entwicklungsagenda maßgeblich prägten⁷⁵.

Die acht MDGs adressierten die Themenfelder Armutsbekämpfung, Bildung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Gesundheit von Kindern und Müttern, Bekämpfung von Infektionskrankheiten, ökologische Nachhaltigkeit und den Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft. Diese übergeordneten Zielstellungen wurden durch 21 konkrete und zeitlich terminierte Zielvorgaben ergänzt, die wiederum mit insgesamt 60 Indikatoren zur Fortschrittmessung hinterlegt sind.⁷⁶

Damit wurde ein bis dato „nicht erreichter breiter Konsens über einen überprüfbaren und zeitlich definierten Bezugsrahmen für die internationale Entwicklungspolitik geschaffen“⁷⁷. Dementsprechend resultierte aus der Verabschiedung der MDGs und den zahlreichen, sich daran anschließenden globalen Entwicklungsaktivitäten, ein einzigartiges „Momentum“ der globalen Entwicklungspolitik⁷⁸.

Zum Ablauf der Zielperiode Ende 2015 ließ sich jedoch ein eher gemischtes Bild hinsichtlich der Erreichung der Millenniumsziele feststellen⁷⁹. So konnten zwar einige beachtliche Erfolge erzielt werden, die ohne den globalen Konsens der Millenniums-Erklärung und die in ihren Vorgaben recht konkrete Entwicklungsagenda wohl nicht zu erreichen gewesen wären.

Hierzu zählen beispielsweise Fortschritte bei der Bekämpfung von extremer Armut und Hunger, der Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit und dem verbesserten Zugang zu Grundschulbildung. Dennoch wurden viele der gesetzten Ziele nicht erreicht und es bestehen global nach wie vor große Ungleichheiten zwischen armen und reichen Haushalten sowie zwischen Männern und Frauen. Insbesondere im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit hat sich die Situation in einigen Feldern seit dem Jahr 2000 sogar verschlechtert, zum Beispiel durch den Anstieg

⁷⁴ Vgl. United Nations (2000).

⁷⁵ Vgl. Hobelsberger, Kuhnke (2013), S. 334, 336.

⁷⁶ Vgl. United Nations (2008).

⁷⁷ Vgl. Hobelsberger, Kuhnke (2013), S. 336.

⁷⁸ Vgl. Ki-Moon (2013), S. 3.

⁷⁹ Vgl. United Nations (2014a).

der Treibhausgasemissionen, den Verlust biologischer Vielfalt und Raubbau.⁸⁰

Trotz der geschilderten Teilerfolge wiesen die MDGs vor allem aus der Perspektive der Nachhaltigkeitsdebatte jedoch auch Defizite auf, die wie folgt zusammengefasst werden können:

- Anstelle einer umfassenden Zielstellung, die auf die Entwicklungs- und Handlungsbedarfe aller Länder gleichermaßen eingeht, festigten die Ziele eher ein Entwicklungsverständnis, das vorrangig Entwicklungs- und Schwellenländer adressiert, ohne die für eine dauerhaft tragbare globale Entwicklung erforderlichen Veränderungen in den Industrienationen und Geberländern aufzugreifen⁸¹.
- Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen wurde in den MDGs als separates Ziel und nicht als integrales Querschnittsthema aufgegriffen (MDG 7, „Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit“). Dabei hängt die Erreichung sozialpolitischer Ziele, wie das der Armutsbekämpfung unmittelbar vom Schutz und Zustand der natürlichen Lebensgrundlagen ab⁸².
- Mit dem starken Fokus auf das Zieljahr 2015 konnten zwar ein vergleichsweise hoher internationaler Handlungsdruck erzeugt und die globalen Aktivitäten fokussiert werden, allerdings ließen die Entwicklungsziele offen, wie die Entwicklungsagenda über das Jahr 2015 hinaus gestaltet werden sollten⁸³. Sie wurden damit dem generationenübergreifenden Ansatz des Nachhaltigkeitsleitbilds nicht gerecht⁸⁴.

Durch die Knüpfung der Millenniumsziele an das übergeordnete Zieldatum 2015 drohte der globalen Entwicklungsagenda nach Ablauf dieser Periode schließlich – im Wortsinn – „Ziellostigkeit“. Je näher das Jahr 2015 rückte, desto notwendiger wurde somit die Fortschreibung der UN-

⁸⁰ Vgl. für eine detaillierte Auswertung United Nations (2015a).

⁸¹ Vgl. Messner (2011), S. 413.

⁸² Vgl. WBGU (2005), S. 5; Messner, Scholz (2010), S. 74–75.

⁸³ Vgl. Loewe (2010), S. 109–114.

⁸⁴ Dieser Kritikpunkt konnte jedoch auch mit der Verabschiedung der aktuellen Sustainable Development Goals fort, die im Rahmen der „Agenda 2030“ letztlich mit einem Zeithorizont von meist 15 Jahren beschlossen. Vgl. United Nations (2015b), S. 3 ff. Ursprünglich war dieser Prozess als Entwicklung einer „Post-2015-Agenda“ offener angelegt.

Entwicklungsagenda „Post-2015“. Aus diesem Grund wurde auf dem 2010 UN Summit on the Millennium Development Goals in New York neben einer kritischen Bestandsaufnahme des bisherigen MDG-Fortschritts und der Forderung eines stärkeren Vorantreibens der Zielagenda der UN-Generalsekretär beauftragt, diese Fortschreibung in die Wege zu leiten⁸⁵.

Ban Ki-moon initiierte daraufhin einen umfassenden Prozess zur Erarbeitung einer Post-2015 Development Agenda, in dessen Rahmen unterschiedliche Arbeitsgruppen gegründet und ein bis dahin einzigartiger, breit angelegter Partizipationsprozess initiiert wurde:

- *UN System Task Team:*

Das „UN System Task Team on the Post-2015 UN Development Agenda“ wurde im September 2011 eingerichtet, um die Vorbereitung der Post-2015-Entwicklungsagenda zu unterstützen. In diese Gruppe waren über 50 UN-Institutionen und weitere internationale Organisationen, wie die Weltbank, die Welthandelsorganisation und der Internationale Währungsfonds, eingebunden. Die Expertengruppe hatte eine Bestandsaufnahme der UN-Aktivitäten im Kontext der MGD-Erreichung, Konsultationen mit externen Stakeholdergruppen sowie die Erarbeitung einer Vision und Roadmap für die Post-2015-Agenda zur Aufgabe. Sie beendete ihre Arbeit mit ihrem Abschlussbericht „Realizing the Future We Want for All“ im Juni 2012.⁸⁶

- *High-level Panel of Eminent Persons:*

Im Juli 2012 berief der UN-Generalsekretär ein Panel aus 27 hochrangigen, internationalen Vertretern aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik ein, unter ihnen auch der ehemalige deutsche Bundespräsident Horst Köhler. Der Arbeit dieses Gremiums waren 24 Leitfragen⁸⁷ vorangestellt. Sie hatte zum Ziel, einerseits die gegenwärtigen globalen Herausforderungen und Entwicklungen in die Formulierung einer Post-2015-Agenda einzubeziehen und andererseits auf den Erfahrungen aus der bisherigen MDG-Umsetzung und den oben beschriebenen Konsultationsprozessen aufzu-

⁸⁵ Vgl. United Nations (2010), S. 29.

⁸⁶ Vgl. United Nations (2012b), S. 1–3.

⁸⁷ Vgl. United Nations (2012a).

bauen⁸⁸. Das Panel beendete seine Arbeit mit dem Bericht „A New Global Partnership: Eradicate Poverty and Transform Economies through Sustainable Development“ an den UN Generalsekretär im Mai 2013. In dem Bericht stellt das Panel fünf notwendige Transformationsprozesse für die zukünftige globale Entwicklungsagenda heraus, darunter die Bekämpfung von Armut, Benachteiligung und Diskriminierung („Leave No One Behind“) und die Notwendigkeit einer umfassenden Integration nachhaltiger Entwicklung in die globale Entwicklungsagenda („Put Sustainable Development at the Core“).⁸⁹

- *Konsultations- und Crowdsourcing-Prozesse:*

Die Post-2015-Initiative des UN-Generalsekretärs wurde von einem bis dahin einzigartigen, weltweiten Konsultationsverfahren begleitet. Um vor allem die Bedürfnisse der von Ausgrenzung und Benachteiligung besonders betroffenen Menschengruppen⁹⁰ bei der Entwicklung der Post-2015-Agenda zu berücksichtigen, wurden zwischen Oktober 2012 und Juni 2013 weltweit über eine Million Menschen mit verschiedenen Methoden wie Interviews, Gruppendiskussionen, Multi-Stakeholder-Treffen und Befragungen im Rahmen sogenannter „national consultations“ einbezogen. Diese Konsultationen fanden in insgesamt 88 Nationen, mit Fokus auf Entwicklungs- und Schwellenländern, statt.⁹¹ Dem daraus entstandenen Report „A Million Voices: The World We Want“ zufolge, ist es vielen der beteiligten Personen wichtig, die Millenium-Entwicklungsziele auch nach 2015 weiter zu verfolgen. Zudem zeichneten sich neue Themenfelder für die zukünftige Entwicklungsagenda im Zuge der Konsultationen ab, wie Mitbestimmung, menschenwürdige Arbeit und eine sichere Lebensgrundlage sowie ein Dasein ohne Angst und Gewalt⁹². Ergänzend zu den geschilderten „national consultations“ wurden zudem Konsultationsprozesse in insgesamt elf Themenfeldern initiiert („thematic

⁸⁸ Vgl. United Nations (o.J.).

⁸⁹ Vgl. United Nations (2013b), S. 7–12.

⁹⁰ Hierzu zählen zum Beispiel indigene Bevölkerungsgruppen, Flüchtlinge, Heimatlose oder Gefängnisinsassen, in vielen Ländern auch Homosexuelle, Kinder und Jugendliche vgl. United Nations Development Group (2013), ANNEX I.

⁹¹ Vgl. United Nations Development Group (2013), S. 43–45.

⁹² Vgl. United Nations Development Group (2013), S. 9–36.

consultations“⁹³), die im Rahmen unterschiedlicher Formate weltweit verschiedene Stakeholdergruppen einbezogen und deren Ergebnisse ebenfalls in den Post-2015-Prozess einfließen⁹⁴.

Aufbauend auf den oben beschriebenen Vorarbeiten erstellte Ban Ki-moon im Jahr 2013 schließlich seinen Bericht „A life of dignity for all: accelerating progress towards the Millennium Development Goals and advancing the United Nations development agenda beyond 2015“, der im Juli 2013 an die UN-Generalversammlung übergeben wurde. Auch nach der Übergabe dieses Berichts liefen zahlreiche der genannten Konsultationsprozesse weiter. So wurde zum Beispiel im April 2014 ein weiteres Dialogformat zur Ausgestaltung der für die Post-2015-Agenda notwendigen Umsetzungsmaßnahmen („Means of Implementation“) gestartet, das die vorangehenden, eher thematisch geprägten Diskussionen um Fragen des erforderlichen prozessualen und institutionellen Rahmens für die Umsetzung der Agenda ergänzen sollte⁹⁵.

2.1.1.2 Entwicklungslinie 2: UN-Nachhaltigkeitspolitik und Rio+20

Die zweite Entwicklungslinie der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung liegt in der UN-Nachhaltigkeitspolitik als solche begründet und geht auf die Beschlüsse der so genannten „Rio+20“ Konferenz zurück.

So traf zwanzig Jahre nach dem bedeutenden Nachhaltigkeitsgipfel in Rio de Janeiro die Weltgemeinschaft im Juni 2012 erneut in Brasilien zusammen, um den „Geist von Rio“ wiederaufleben zu lassen. Allerdings blieben die Ergebnisse der UN-Konferenz Rio+20 weit hinter den Erwartungen vieler beteiligter Akteure und Beobachter zurück und wurden vor allem von Nicht-Regierungsorganisationen stark kritisiert⁹⁶.

⁹³ Eine Übersicht zu den Themenfeldern ist in ANNEX 2 des Berichts United Nations Development Group (2013) zu finden.

⁹⁴ Ein Überblick über die verschiedenen Konsultationsverfahren und den dazu gehörenden Veranstaltungen sowie weiteren Austauschformaten ist auf der Online-Plattform „The World We Want“ zu finden. URL: <http://www.worldwewant2015.org/> (zuletzt geprüft am 12.12.14).

⁹⁵ Diese „Dialogues of Implementation“ fanden im Zeitraum von April 2014 bis April 2015 sowohl im Internet, als auch im Rahmen von Veranstaltungen in zahlreichen Ländern statt.

URL: <http://www.worldwewant2015.org/sitemap> (zuletzt geprüft am 12.12.14).

⁹⁶ Vgl. WWF (2012); Wille (2012); o. V. (2012); Greenpeace (2012b).

Insbesondere der durch die Weltfinanz- und Eurokrise geschwächten Europäischen Union war es 2012 nicht gelungen, eine Vorreiterrolle einzunehmen und sich mit Erfolg für ein ambitioniertes Konferenzergebnis einzusetzen. Dabei zeigten sich erneut verhärtete Positionen zwischen den Entwicklungs- und Schwellenländern und den Industrienationen, welche die Konsensfindung im Zuge der Konferenz erschweren. Während vor allem von Seiten der Industrienationen das Konzept einer „Green Economy“ als wegweisend für eine nachhaltigere globale Entwicklung gesehen wurde, befürchteten Kritiker hinter diesem Ansatz einen verdeckten „grünen Protektionismus“ des Westens, der die aufholende Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern durch hohe Umweltauflagen gefährden könnte⁹⁷.

Dass bei der Rio+20 Konferenz die Festschreibung konkreter Nachhaltigkeitsziele zunächst aufgeschoben wurde, wurde von vielen Beobachtern als Scheitern der Staatengemeinschaft gewertet⁹⁸. Diese Aufschiebung führte aber schließlich zur Initiierung eines längeren, partizipativ angelegten Zielentwicklungsprozesses im Anschluss an die Konferenz. Durch ihn eröffnete sich die Möglichkeit, die Entwicklung globaler Sustainable Development Goals in den ebenfalls auf UN-Ebene stattfindenden und bis dahin parallel verlaufenden Prozess der Fortschreibung einer globalen Post-2015-Entwicklungsagenda (siehe vorangehender Abschnitt) hinaus zu integrieren⁹⁹.

So konnten mit dem Ergebnisdokument der Konferenz „The Future We Want“¹⁰⁰ die Weichen für eine tiefergreifendere Weiterentwicklung des globalen UN-Nachhaltigkeitsregimes gestellt werden, als es im Zuge der Konferenz unmittelbar zu erkennen war. Die am Gipfel teilnehmenden Staatsoberhäupter und Regierungsvertreter konnten sich zwar bei der Konferenz selbst nicht auf verbindliche und terminierte Nachhaltigkeitsziele einigen, beschlossen aber einen Folgeprozess zur Ausarbeitung globaler „Sustainable Development Goals“ und darüber hinaus eine Stärkung des institutionellen Rahmens der Nachhaltigkeitspolitik der Vereinten Nationen¹⁰¹ (siehe Abschnitt 2.1.1.3).

⁹⁷ Vgl. Borhorst et al. (2012).

⁹⁸ Vgl. stellvertretend Greenpeace (2012a).

⁹⁹ Vgl. Lauster, Mildner, Wodni (2010), S. 1–3.

¹⁰⁰ Vgl. United Nations (2012c).

¹⁰¹ Hierzu zählen die Ablösung der bisherigen, politisch eher schwachen Commission on Sustainable Development durch ein High-level Political Forum und die Einsetzung eines Committee of Experts on Sustainable Financing; das UN-Umweltprogramm

Für die Entwicklung der Sustainable Development Goals und der damit verbundenen Agenda 2030 wurden bei der Rio+20 Konferenz eigene Arbeitsgruppen eingerichtet und Folgeprozesse initiiert, die in den folgenden Abschnitten skizziert sind:

- *Open Working Group:*

Bei der Konferenz wurde unter anderem beschlossen, für die Entwicklung von Sustainable Development Goals eine offene zwischenstaatliche Arbeitsgruppe (Open Working Group, OWG) einzurichten, die sich aus 30 Repräsentanten der fünf UN Regionalgruppen zusammensetzte¹⁰². Insgesamt waren in dieser Arbeitsgruppe 70 Länder vertreten, womit sich – bis auf einige Entwicklungs- und Schwellenländer – die meisten Nationen einen Sitz teilten¹⁰³. Beachtlich ist die hohe Dynamik, die diese Arbeitsgruppe – auch im Hinblick auf die auslaufende Entwicklungsagenda 2015 – an den Tag legte. So trat sie seit März 2013 (mit Ausnahme der Sommerpause) monatlich zusammen und hatte nach knapp einem Jahr der Bestandsaufnahme Ende Februar 2014 als erstes Zwischenergebnis 19 Themengebiete als Diskussionsgrundlage für die weiteren zwischenstaatlichen Verhandlungen vorgestellt¹⁰⁴. Die UN-Mitgliedsstaaten reagierten wiederum unmittelbar mit der Veröffentlichung eigener Stellungnahmen Anfang März 2014, so formulierte beispielsweise die Ländergruppe Deutschland, Frankreich und Schweiz aufbauend auf diesen Themenfeldern einen Vorschlag von zwölf konkreten Sustainable Development Goals (SDGs)¹⁰⁵. Neben den Ländervertretern waren auch die in der Agenda 21 identifizierten, neun sogenannten Major Groups als Vertreter relevanter gesellschaftlicher Gruppen¹⁰⁶ in den Zielfindungsprozess eingebunden und konnten hierzu Stellung nehmen. Die Offene Arbeitsgruppe entwickelte aus diesen Zwischenergebnissen bis September 2014 einen Entwurf der

UNEP wurde zwar nicht, wie von einigen Nationen gefordert zu einer eigenen Umweltorganisation weiterentwickelt (analog ILO oder WHO), wurde aber unter anderem durch eine universelle Mitgliedschaft aller UN-Nationen und eine bessere Finanzausstattung gestärkt (Vgl. United Nations (2012c), S. 18.

¹⁰² Vgl. United Nations (2012c), S. 47.

¹⁰³ Vgl. United Nations (o. J.).

¹⁰⁴ Vgl. Leone, Offerdahl, Wagner (2014), S. 2.

¹⁰⁵ Vgl. Leone, Offerdahl, Wagner (2014), S. 3–8.

¹⁰⁶ United Nations (1992a), SECTION III.

konkreten SDGs, der bei der der UN-Generalversammlung 2014 vorgestellt und in die internationalen Verhandlungen eingebracht wurde¹⁰⁷.

Ähnlich wie im Fall der beschriebenen Post-2015-Prozesse von Seiten der UN Entwicklungspolitik (Abschnitt 2.1.1.1) war auch die Arbeit der Open Working Group von einem Beteiligungsprozess begleitet. So konnten im Zeitraum von März 2013 bis Februar 2014 auf der Internetplattform „Sustainable Development Goals e-Inventory“¹⁰⁸ Diskussionsbeiträge zu den jeweils inhaltlich unterschiedlich ausgerichteten Diskussionsrunden der Offenen Arbeitsgruppe (OWG 1–8) eingereicht werden, die in den zwischenstaatlichen Verhandlungsprozess einfließen.

- *Intergovernmental Committee of Experts on Sustainable Development Financing:*

Das im August 2013 für ein Jahr eingerichtete Expertenkomitee für nachhaltige Finanzierung (Intergovernmental Committee of Experts on Sustainable Development Financing) setzte sich mit Fragen zum globalen Finanzierungsbedarf einer nachhaltigen Entwicklung, der Effektivität verschiedener Finanzierungsformen und der Mobilisierung erforderlicher Finanzmittel sowie mit den hierfür notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen auseinander¹⁰⁹. Das Komitee legte seinen Bericht bei der UN-Generalversammlung im September 2014 vor¹¹⁰.

- *High-level Political Forum on Sustainable Development:*

Im Gegensatz zu den beiden vorangehend geschilderten Gremien wurden bei der Rio+20 Konferenz auch dauerhaft angelegte institutionelle Strukturen geschaffen. Hierzu zählt das zentrale hochrangige politische Forum für nachhaltige Entwicklung (High-level Political Forum on Sustainable Development), dessen Aufgaben in Abschnitt 2.1.1.3 näher vorgestellt werden. Auch dieses Forum setzte sich in seinen ersten beiden Sitzungen im September 2013 und

¹⁰⁷ Vgl. United Nations (2014c).

¹⁰⁸ Vgl. <http://www.sdgseinventory.org/> (zuletzt geprüft am 12.12.2014).

¹⁰⁹ Vgl. United Nations (2013d), S. 3–4.

¹¹⁰ Vgl. United Nations (2014b).

Juni/Juli 2014 zunächst aber vorrangig mit der Fortschreibung der Post-2015-Agenda auseinander¹¹¹.

Im Abschlussdokument der Rio+20-Konferenz wurde schließlich auch die Zusammenführung der Post-2015-Entwicklungsagenda (siehe Abschnitt 2.1.1.1) mit der Formulierung der geplanten Sustainable Development Goals gefordert¹¹², woraus sich erst die Chance für die Entwicklung einer integrierten Zielagenda für beide Programme ergab¹¹³. So verliefen die Verhandlungsprozesse der UN Entwicklungs- und der Nachhaltigkeitspolitik lange Zeit weitgehend parallel¹¹⁴, was zu einer immer wieder kritisierten Ko-Existenz der beiden Programme und zu entsprechenden Parallelstrukturen führte¹¹⁵.

Auf der 68. Sitzung der UN-Generalversammlung im Jahr 2013 wurde dann offiziell beschlossen, eine gemeinsame, die Nachhaltigkeitsziele integrierende Agenda für die Zeit nach dem Ablauf der Millenniumsziele zu formulieren¹¹⁶:

„Recognizing the intrinsic interlinkage between poverty eradication and the promotion of sustainable development, we underline the need for a coherent approach that integrates in a balanced manner the three dimensions of sustainable development. This coherent approach involves working towards a single framework and set of goals, universal in nature and applicable to all countries, while taking account of differing national circumstances and respecting national policies and priorities.“

Damit wurde eine Kernforderung der frühen Nachhaltigkeitsdiskussion wieder aufgegriffen: Schon in den zentralen Dokumenten der internationalen Nachhaltigkeitspolitik aus den 1980er und 1990er Jahren wurde hervorgehoben, dass der Schutz der natürlichen Umwelt eng mit globalen sozialpolitischen und ökonomischen Entwicklungsfragen verflocht-

¹¹¹ Vgl. United Nations (2013f), United Nations Economic and Social Council (2014).

¹¹² Vgl. United Nations (2012c), S. 47.

¹¹³ Dabei ist es durchaus fraglich, ob die als Folge des schwachen Konferenzergebnisses von Rio+20 erst nach der Konferenz entwickelten Sustainable Development Goals auch dann in den Prozess der Post-2015-Entwicklungsagenda integriert worden wären, wenn sie schon zum Abschluss der Konferenz 2012 vorgelegen hätten.

¹¹⁴ Vgl. Lauster, Mildner, Wodni (2010), S. 1.

¹¹⁵ Vgl. Klingebiel (2013), S. 20–21.

¹¹⁶ Vgl. United Nations (2013e), S. 4.

ten sei und nachhaltige Entwicklung eine integrale Betrachtung ökologischer, sozialer und ökonomischer Aspekte erfordere^{117,118}.

In Tabelle 2 sind die insgesamt 17 Sustainable Development Goals zusammengestellt. Sie wurden in der Agenda 2030 mit 169 konkreten Ziel- und entsprechenden Zeitvorgaben hinterlegt¹¹⁹, die das neu geschaffene UN-Nachhaltigkeitsforum (siehe Abschnitt 2.1.1.3) in ihrer Erreichung prüfen und fortschreiben soll¹²⁰. Außerdem wurde im März 2016 von einer Expertengruppe der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen ein System von über 230 Indikatoren zur statistischen Fortschrittsmessung der Nachhaltigkeitsziele vorgeschlagen¹²¹.

Werden diese Indikatoren entsprechend auf Ebene der Nationalstaaten operationalisiert, könnte einem der zentralen Kritikpunkte der globalen Nachhaltigkeitsdebatte, nämlich deren Unbestimmtheit, Unverbindlichkeit und mangelnden Operationalisierbarkeit¹²² wirkungsvoll begegnet werden.

Im Gegensatz zu den ausschließlich auf die Entwicklungs- und Schwellenländer gerichteten MDGs, sollen die Sustainable Development Goals explizit für alle Nationen gleichermaßen gelten, ohne dabei landesspezifische Entwicklungsbedarfe und Rahmenbedingungen auszublenken¹²³. Dies wird den tatsächlichen Wechselbeziehungen zwischen industriell entwickelten und weniger entwickelten Ländern sehr viel besser gerecht und verdeutlicht, dass nachhaltige Entwicklung von allen Nationen Problemlösungsbeiträge verlangt.

¹¹⁷ Vgl. Kapitel 2.1.2.

¹¹⁸ Vgl. United Nations (1987); United Nations (1992b), Prinzipien 4, 6 und 7.

¹¹⁹ Vgl. United Nations (2015b), S. 15–30.

¹²⁰ Vgl. United Nations (2012c), S. 47.

¹²¹ Vgl. United Nations (2016).

¹²² Vgl. Weisensee (2012), S. 41–43; Renn et al. (2007), S. 27–28.

¹²³ Vgl. United Nations (2015b), S. 3.

Agenda 2030 – Ziele für nachhaltige Entwicklung	
Ziel 1.	Armut in allen ihren Formen und überall beenden
Ziel 2.	Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern
Ziel 3.	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern
Ziel 4.	Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern
Ziel 5.	Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen
Ziel 6.	Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten
Ziel 7.	Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern
Ziel 8.	Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern
Ziel 9.	Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen
Ziel 10.	Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern
Ziel 11.	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten
Ziel 12.	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen
Ziel 13.	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen
Ziel 14.	Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen
Ziel 15.	Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen
Ziel 16.	Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
Ziel 17.	Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Tabelle 2: Ziele für nachhaltige Entwicklung¹²⁴

¹²⁴ Vgl. United Nations (2015b), S. 15.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Entwicklung der Agenda 2030 schließlich von den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte in beiden der geschilderten UN-Programme (Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik) profitieren konnte:

- Einerseits benötigt eine wirksame internationale Nachhaltigkeitspolitik nicht nur ein starkes Leitbild mit allgemein anerkannten normativen Grundlagen, sondern zudem einen globalen politischen Konsens über handlungsleitende Zielstellungen, konkretisiert durch Zeitvorgaben und Messindikatoren, wie es mit den MDGs erstmals im Ansatz gelungen war¹²⁵.
- Umgekehrt erfordert eine tragfähige globale Entwicklungsagenda andererseits die Überwindung des traditionellen Verständnisses der Nord-Süd-Entwicklungspolitik und sollte alle Länder in ihren spezifischen Entwicklungs- und Handlungsbedarfen gleichermaßen ansprechen sowie auf einem integrierten Verständnis ökologischer, sozialer und ökonomischer Zusammenhänge fußen, kurzum also die Prinzipien des Nachhaltigkeitsleitbilds zur Grundlage haben.

2.1.1.3 Gestärkte Strukturen der UN-Nachhaltigkeitspolitik

Neben der Formulierung unmittelbar handlungs- und politikleitender Zielvorgaben sind auch institutionelle Strukturen erforderlich, die eine dauerhafte Fortschreibung und Weiterentwicklung des globalen Zielsystems in Abhängigkeit von erzielten Fortschritten und aktuellen globalen Entwicklungen, wie zum Beispiel sich verschärfenden Umweltkrisen, politische Instabilitäten o.ä., möglich machen. Ähnlich wie es im Fall der MDGs mit den seit dem Jahr 2002 jährlich erschienen Fortschrittsberichten und den zahlreichen Folgekonferenzen umgesetzt wurde, ist eine regelmäßige Evaluation der Zielerreichung notwendig, um Strategien und Maßnahmen oder auch das Zielsystem selbst bei Bedarf an die aktuellen Erfordernisse anpassen zu können¹²⁶.

Diesbezüglich konnten bei Rio+20 wichtige Fortschritte erreicht werden. So konnten im Zuge der Konferenz bestehende Strukturen der UN-Nachhaltigkeitspolitik gestärkt und neue geschaffen werden. Das

¹²⁵ Zur Kritik an der strukturellen Ausgestaltung des Zielsystems der MDGs siehe Hoiberg Olsen et al. (2014), S. 3–4.

¹²⁶ Vgl. United Nations (2013a), S. 12.

bedeutendste, seit September 2013 neu eingerichtete Organ ist an dieser Stelle das schon vorgestellte Hochrangige Politische Forum für Nachhaltige Entwicklung (High-Level Political Forum on Sustainable Development). Es hat die Aufgabe, den Folgeprozess von Rio+20 und ab dem Jahr 2016 insbesondere die weltweite Implementierung der Sustainable Development Goals zu begleiten und zu überwachen¹²⁷.

Das Forum tagt jährlich auf Ministerebene und alle vier Jahre auf der Ebene der Staatsoberhäupter, womit es eine aktive Teilnahme aller 193 UN-Mitgliedsstaaten sowie verschiedener Stakeholdergruppen vorsieht. Aus seiner Arbeit sollen verhandelte Erklärungstexte entstehen, die durch die UN-Generalversammlung aufgegriffen werden können.¹²⁸

Als neues, zentrales Organ für die Umsetzung der globalen Entwicklungsagenda kann es, verglichen mit den bisher parallel verlaufenden Prozessen der UN-Nachhaltigkeits- und Entwicklungspolitik, schließlich auch zu einer verbesserten Effizienz und Effektivität beitragen, wofür seine Position entsprechend gestärkt wurde. So löste das Nachhaltigkeitsforum die mit nur wenig politischem Gewicht ausgestattete UN Kommission für Nachhaltige Entwicklung (Commission on Sustainable Development, CSD) ab. Diese Kommission wurde im Anschluss an den Erdgipfel 1992 in Rio de Janeiro als eine der neun Fachkommissionen des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) eingerichtet¹²⁹ und war weder mit ausreichenden Entscheidungsbefugnissen, noch mit eigenen finanziellen Mittel ausgestattet und damit „[g]enauer besehen [...] so gut wie machtlos“¹³⁰.

Zudem waren in die Kommission für Nachhaltige Entwicklung längst nicht alle UN-Mitgliedsstaaten eingebunden. Sie setzte sich aus 53 Mitgliedern zusammen, die nach einem festgelegten Verteilungsschlüssel zwischen den Vertretern verschiedener Weltregionen gewählt wurden¹³¹. Andere Staaten, UN-Organisationen und akkreditierte zwischenstaatliche sowie nicht-staatliche Organisationen konnten bei den Versammlungen der Kommission als Beobachter teilnehmen, so dass sie sich im Laufe der Zeit immer stärker zu einer Multi-Stakeholder-Institution

¹²⁷ Vgl. United Nations (2013c), S. 3.

¹²⁸ Vgl. United Nations (2013c), S. 3–7.

¹²⁹ Vgl. United Nations Economic and Social Council (1993).

¹³⁰ Eisermann (2003), S. 86.

¹³¹ United Nations (1993), S. 3–4.

entwickelte¹³². Die CSD beendete ihre Arbeit nach zwanzig Jahren im September 2013, an die sich unmittelbar die erste Sitzung des Hochrangigen Politischen Forums für Nachhaltige Entwicklung anschloss.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der neue institutionelle Rahmen und die von der UN verabschiedete Agenda 2030 durchaus das Potenzial zu haben scheinen, zu einer effektiven Stärkung des internationalen „Nachhaltigkeitsregimes“ beizutragen, auch wenn ihre Weiterverfolgungs- und Überprüfungsprozesse explizit „freiwillig und ländergesteuert“¹³³ bleiben. Ob es letztlich tatsächlich zu effektiven politisch-institutionellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen in den UN-Mitgliedsstaaten kommt, hängt schließlich maßgeblich vom Gestaltungswillen der einzelnen Nationen selbst und der nationalen wie internationalen Durchsetzbarkeit relevanter globaler Weichenstellungen, wie zum Beispiel der jüngsten Abkommen in der internationalen Klimapolitik, ab. Wie die Ursachen und der Umgang mit der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise zeigen, scheinen Nachhaltigkeitsthemen allerdings immer noch „konjunkturabhängig“ zu sein, sprich deren mittel- bis langfristiger Zielhorizont wird den unmittelbar anstehenden, kurzfristigen Handlungsbedarfen und Interessenlagen oftmals untergeordnet.

Mit der weltweiten Arbeit an der Post-2015-Agenda haben die Vereinten Nationen aber in jedem Fall einen bisher einzigartigen politischen Prozess initiiert. So setzten die oben beschriebenen, umfassenden Konsultationsprozesse ganz auf das neue Beteiligungsformat des „Crowdsourcings“, um weltweit Bürger und verschiedene weitere Stakeholdergruppen in den politischen Prozess einzubeziehen¹³⁴.

Dieses Crowdsourcing kann durchaus dazu beitragen, die Input-Legitimität¹³⁵ der Post-2015-Agenda zu erhöhen. Während die MDGs im Jahr 2000 noch von der Staatengemeinschaft „hinter verschlossenen Türen“ entwickelt wurden, wird es durch die gewählten Beteiligungsformate sehr viel mehr Stakeholders weltweit möglich, sich in den Zielentwicklungsprozess einzubringen. Auch die Output-Legitimität und

¹³² Vgl. Eisermann (2003), S. 86.

¹³³ United Nations (2015b), S. 34.

¹³⁴ Eine Beteiligung in diesem Umfang ist zwar neu, an dieser Stelle ist aber zu erwähnen, dass auch schon die Arbeit der WCED von verschiedenen Beteiligungsformaten wie Konsultationen, „Site Visits“ und öffentlichen Anhörungen geprägt war. Vgl. United Nations (1987), S. 349.

¹³⁵ Vgl. zu den Begriffen der Input- und Output-Legitimität Kapitel 5.1.

damit die Effektivität der neuen Entwicklungsagenda kann durch das Crowdsourcing verbessert werden.

So besteht einerseits die Chance, dass sich die Nationalstaaten in den weiteren Verhandlungen stärker von den Bedürfnissen ihrer Bürger leiten lassen, woraus möglicherweise die Zielagenda ambitionierter umgesetzt wird. Außerdem wurden durch das aufwändige Verfahren aber auch schon vor der Verabschiedung der Ziele zahlreiche Menschen und Organisationen weltweit auf den Post-2015-Prozess aufmerksam gemacht und damit im besten Fall mobilisiert, sich stärker für ihren Gestaltungsanspruch einzutreten und die Umsetzung der neuen Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu unterstützen.

2.1.2 Genese des Leitbilds und seiner zentralen Aussagen und Prinzipien

Im vorangehenden Kapitel wurden die gegenwärtigen Entwicklungen der globalen Nachhaltigkeitspolitik seit dem letzten Weltnachhaltigkeitsgipfel im Jahr 2012 skizziert. Wie dabei gezeigt wurde, konnte es durch die Einrichtung neuer und der Stärkung bestehender UN-Organisationen sowie der im September 2015 verabschiedeten Agenda 2030 doch noch gelingen, im Nachgang zu der an sich eher ernüchternden Konferenz das globale Nachhaltigkeitsregime neu zu beleben und die Umsetzung des Leitbilds weiter voranzubringen.

Schon ihr Titelzusatz „Rio+20“ lässt erkennen, dass der aktuellen internationalen Nachhaltigkeitspolitik eine mehrere Jahrzehnte lange Genese vorausgeht. Diese hatte ihren Auftakt aber nicht im Jahr 1992, sondern nochmals etwa zwanzig Jahre früher, weshalb in diesem Abschnitt ein knapper geschichtlicher Abriss über die Entstehung des globalen Nachhaltigkeitsdiskurses seit den 1970er Jahren gegeben wird. Dabei wird nur auf die wichtigsten Stationen und Meilensteine eingegangen, eine ausführliche Beschreibung der Genese des Leitbilds in diesem Zeitraum ist bei verschiedenen Autoren nachzulesen¹³⁶.

¹³⁶ Vgl. zum Beispiel Hauff (Hrsg.) (2014); Steimle (2008); Burschel, Losen, Wiendl (2004).

Meilenstein	Zentrale Ergebnisse und Ergebnisdokumente
<i>Juni 1972</i> UN Conference on the Human Environment (UNCHE), Stockholm	<ul style="list-style-type: none"> - Abschlusserklärung mit 26 Prinzipien zum Schutz der Umwelt - Einrichtung des UN Umweltprogramms (UNEP)
<i>1972</i> Veröffentlichung des Berichts „The Limits to Growth“ an den Club of Rome	<ul style="list-style-type: none"> - Wachsendes Bewusstsein für die Begrenztheit natürlicher Ressourcen und die Tragkapazitäten der Natur - Verbreitung systemischer, rechnergestützter Modellierungsansätze für globale Zusammenhänge
<i>1983, 1987</i> Einrichtung der World Commission on Environment and Development (WCED, „Brundtland-Kommission“)	<ul style="list-style-type: none"> - Abschlussbericht „Our Common Future“ im Jahr 1987 - Zentrale Definition nachhaltiger Entwicklung als anthropozentrisches Leitbild, Prinzip der inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit
<i>Juni 1992</i> UN Conference on Environment and Development (UNCED), Rio de Janeiro	<ul style="list-style-type: none"> - Aktionsplan Agenda 21 - Rio Deklaration für Umwelt und Entwicklung - Einrichtung der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) sowie des Folgeprozesses zur Konferenz - Unterzeichnung verschiedener Konventionen (Klima, Schutz der Biodiversität) und Erklärungen (Schutz der Wälder, Maßnahmen gegen die Wüstenbildung)
<i>Juni 1997</i> UN Earth Summit+5, New York	<ul style="list-style-type: none"> - Bilanzierung der bisherigen Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda 21 - Programme for the Further Implementation of Agenda 21
<i>Sept. 2000</i> UN Millennium Summit, New York	<ul style="list-style-type: none"> - Entstehung Millennium Development Goals (Verabschiedung bei 55. Generalvollversammlung 2000)
<i>Aug./Sept. 2002</i> World Summit on Sustainable Development (WSSD), Johannesburg	<ul style="list-style-type: none"> - Johannesburg Declaration on Sustainable Development - Johannesburg Plan of Implementation
<i>Sept. 2005</i> World Summit, New York	<ul style="list-style-type: none"> - Bestandsaufnahme und Bestärkung der MDGs - Reform bestehender und Einrichtung neuer UN Institutionen (Peacebuilding, Human Rights Council)
<i>Sept. 2010</i> UN Summit on the Millennium Development Goals, New York	<ul style="list-style-type: none"> - Bestandsaufnahme und Global Action Plan zur Erreichung der MDG - Initiierung der Post-2015 Development Agenda
<i>Juni 2012</i> UN Conference on Sustainable Development (UNCSD, Rio +20), Rio de Janeiro	<ul style="list-style-type: none"> - Abschlussdokument „The Future We Want“ - Initiierung Sustainable Development Goals - Initiierung der Einrichtung eines High-Level Political Forum on Sustainable Development
<i>Sept. 2015</i> Weltgipfel zur Verabschiedung der Agenda 2030	<ul style="list-style-type: none"> - Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung - Integriertes Zielsystem (entwicklungs- und nachhaltigkeitspolitische Ziele)

Tabelle 3: Meilensteine der Entwicklung des weltpolitischen Nachhaltigkeitsleitbilds¹³⁷

¹³⁷ Zusammengestellt unter Rückgriff auf Burschel, Losen, Wiendl (2004), S. 38–40 und die UN Sustainable Development Knowledge Platform, URL: <http://sustainabledevelopment.un.org/> (zuletzt geprüft am 15.08.2016).

Ergänzend zu der folgenden Vorstellung einzelner Meilensteine der internationalen Nachhaltigkeitspolitik ist in Tabelle 3 eine ausführlichere Übersicht zusammengestellt¹³⁸.

2.1.2.1 Diskussion um die Grenzen des Wachstums und die Tragfähigkeit der Natur

Im Jahr 1972 veröffentlichte eine Gruppe von Forschern um Donella und Dennis L. Meadows den Bericht „Grenzen des Wachstums“ (englischer Originaltitel: *The Limits to Growth*), der vom Club of Rome in Auftrag gegeben wurde¹³⁹. Zentrale Aussage dieser Studie war, dass ein weiteres exponentielles Wachstum der Weltbevölkerung und Weltwirtschaft binnen hundert Jahren zum Erreichen absoluter Wachstumsgrenzen führen werde, gefolgt von einem raschen, unkontrollierbaren Einbruch der Bevölkerungszahlen und der industriellen Kapazitäten¹⁴⁰.

Um zu diesen Aussagen zu kommen, arbeiteten die Forscher erstmalig mit einem computergestützten Weltmodell („World3“) und berechneten verschiedene Entwicklungsszenarien anhand der fünf makroökonomischen Parameter Bevölkerung, Kapital, Nahrungsmittel, Rohstoffvorräte und Umweltverschmutzung, deren Wechselwirkungen durch Regelkreise abgebildet wurden¹⁴¹.

Trotz der breiten Kritik an der gewählten Methodik der Studie und ihrer Ergebnisse¹⁴² trug der Bericht in den 1970er Jahren entscheidend dazu bei, dass globale Zusammenhänge erkannt und die möglichen Auswirkungen einer wachstumsgeprägten Weltwirtschaft öffentlich thematisiert wurden.¹⁴³ Diese Wegbereiterrolle konnten die beiden

¹³⁸ In dieser Übersicht nicht enthalten sind unter anderem das „Barbados Programme of Action“, das die Entwicklungsprozesse der sogenannten kleinen Inselentwicklungsländer zum Gegenstand hat. Ebenfalls ausgespart blieben die „Erklärung von Cocoyok“ (1974) und der Dag-Hammarskjöld-Report (1975) sowie die World Conservation Strategy (1980). Vgl. für eine ausführliche Darstellung Burschel, Losen, Wiendl (2004), S. 38-40). Ebenfalls bleiben die Stationen und Konferenzen der Weltklimapolitik ausgeklammert.

¹³⁹ Vgl. Meadows et al. (1972).

¹⁴⁰ Vgl. Meadows et al. (1972), S. 23.

¹⁴¹ Vgl. Meadows et al. (1972), S. 103.

¹⁴² Vgl. hierzu Hahn (2006), S. 101–122.

¹⁴³ Vgl. Möller (2003), S. 19–20.

Folgestudien¹⁴⁴ nur noch in begrenztem Maße fortsetzen, sie erfuhren keine derart breite Resonanz wie das erste Werk.

Dies mag einerseits am inzwischen weiterführend etablierten Nachhaltigkeitsdiskurs liegen, der dazu beigetragen hat, dass sich die Weltgemeinschaft mit den absoluten Grenzen der Erde mittlerweile in differenzierter Form auseinandersetzt. Andererseits könnte auch eine gewisse Abstumpfung gegenüber Negativszenarien die Ursache dafür sein, dass die in einem eher populistischen Gewand veröffentlichten Berichte weniger Beachtung erfuhren, ähnlich wie es aktuell auch bei den wissenschaftlich fundierten Sachstandsberichten des Weltklimarates IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) der Fall zu sein scheint¹⁴⁵. Dabei greifen die beiden Meadows-Folgestudien im Wesentlichen die pessimistisch geprägten Grundaussagen der ursprünglichen Prognose auf und betonen den – trotz einiger positiver Entwicklungen – in der Zwischenzeit weiter gewachsenen Handlungsdruck¹⁴⁶.

Neben der Diskussion um die Grenzen des Wachstums war das Jahr 1972 auch durch die erste internationale Umweltkonferenz geprägt, die von den Vereinten Nationen in Stockholm veranstaltet wurde (UN Konferenz über die Umwelt des Menschen (UNCHE)). In der 26 Prinzipien umfassenden Abschiedserklärung der Konferenz¹⁴⁷ bekennt sich die Staatengemeinschaft zu einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Fragen des Umwelt- und Naturschutzes¹⁴⁸, womit die UNCHE als Ausgangspunkt der internationalen Umweltpolitik gesehen werden kann¹⁴⁹. Neben dieser Erklärung wurde ein Aktionsplan mit 109 Empfehlungen für die Ausgestaltung eines globalen Umweltmanagements verfasst und schließlich mit dem noch im selben Jahr ins Leben gerufenen Umweltprogramm der Staatengemeinschaft (UNEP) das Themenfeld bei den Vereinten Nationen dauerhaft institutionell verankert¹⁵⁰.

¹⁴⁴ Vgl. Meadows et al. (1992) und Meadows, Randers, Meadows (2006).

¹⁴⁵ Vgl. Moser (2007), S. 64–65. und allgemein Brunnengraber (2009), S. 75–76.

¹⁴⁶ Vgl. Meadows, Randers, Meadows (2006), S. 1–16; Hauff (2014), S. 7.

¹⁴⁷ Vgl. United Nations (1972), S. 3–5.

¹⁴⁸ Bemerkenswert ist, dass sich Prinzip 26 des Berichts explizit gegen den Einsatz von Nuklear- und anderen Massenvernichtungswaffen richtet, was den Zusammenhang zwischen Umwelt- und Friedensbewegung in diesem Zeitraum verdeutlicht. Vgl. United Nations (1972), S. 5.

¹⁴⁹ Vgl. Hauff (2014), S. 6.

¹⁵⁰ Vgl. United Nations (1972).

Die Veröffentlichung des Berichts an den Club of Rome, begleitet von weiteren einschlägigen Publikationen¹⁵¹, und die Ausrichtung der ersten Weltumweltkonferenz der Vereinten Nationen fanden in einem zunehmend wachstums- und fortschrittskritischem Klima statt. So trugen zur „ökologische Revolution“¹⁵² Anfang der 1970er Jahre auch eine immer stärker aufkeimende zivilgesellschaftliche Umweltschutz- und Anti-Atomkraft-Bewegung und die damit verbundene Gründung ökologisch ausgerichteter Parteien, Non-Governmental-Organisations (NGOs)¹⁵³ sowie Forschungseinrichtungen bei¹⁵⁴.

Während anfänglich vor allem die Sorge um Ressourcenengpässe und -verknappung im Vordergrund der globalen Umweltdebatte standen, verschob sich ihr Schwerpunkt schließlich immer stärker hin zur Problematik der Tragfähigkeit und Belastungsgrenzen der Natur¹⁵⁵, was auch in der globalen Klimadiskussion¹⁵⁶ und die in jüngster Vergangen-

¹⁵¹ Vgl. Kupper (2004), S. 108–109.

¹⁵² Vgl. Rogall (2012), S. 35 ff.

¹⁵³ Der NGO-Begriff umfasst als solches zunächst alle nicht-staatlichen und nicht profitorientierten Organisationen. Damit zählen die allermeisten NGOs nicht zur Gruppe politischer Aktivisten oder globalisierungskritischer „Advocacy Groups“, was ein Blick in die NGO-Datenbank der UNESCO zeigt (<http://ngo-db.unesco.org/>). Dennoch wird in der CSR- und Nachhaltigkeitsforschung meist ein idealtypisches NGO-Verständnis verwendet, was nach Curbach zum einen auf forschungspragmatische, zum anderen aber auch auf eine normativ-erwünschte Konnotation von NGOs zurückzuführen ist (vgl. Curbach (2003)). Aus analytischer Sicht ist es hier sinnvoll, den NGO-Begriff in diesem Verständnis beizubehalten ohne jedoch den positiv-normativen Bias an dieser Stelle unhinterfragt zu übernehmen (vgl. hierzu die Diskussion zur Legitimität und Effektivität von Corporate Sustainability Governance in Kapitel 5). Damit werden in diesem Buch mit Verweis auf Curbach als NGOs „in erster Linie transnationale, politisch aktive, marktferne bis unternehmenskritische NGOs [...], die im subpolitischen Thememfeld zu CSR, gesellschaftlicher Unternehmensverantwortung und Unternehmensregulierung aktiv sind, wie zum Beispiel Corporate Watch, Corporate Accountability International, Foodwatch, Germanwatch, WWF, Rainforest Alliance, Greenpeace oder Friends of the Earth.“ Curbach (2003), S. 41.

¹⁵⁴ Vgl. Rogall (2012), S. 35–37.

¹⁵⁵ Vgl. Steimle (2008), S. 38; Kupper (2004), S. 107.

¹⁵⁶ Am Beispiel der Verfügbarkeit von Erdöl lässt sich der Wechsel in dieser Debatte gut nachvollziehen. So haben sich die Debatte um steigende Ölpreise und die Begrenztheit fossiler Brennstoffe „Peak Oil“ unter anderem durch die Nutzung von Fracking-Verfahren in den USA gegenwärtig vorübergehend entschärft, die Notwendigkeit einer Verminderung der Nutzung fossiler Ressourcen bleibt aber vor dem Hintergrund des globalen Klimaschutzes unvermindert bestehen.

heit zunehmend an Bedeutung erlangte Auseinandersetzung mit dem Konzept der „Planetary Boundaries“¹⁵⁷ zum Ausdruck kommt.

Dennoch hat auch die Auseinandersetzung mit dem Thema der Rohstoffverfügbarkeit in jüngster Zeit wieder an Intensität gewonnen, so wird zum Beispiel die Verfügbarkeit von seltenen Erden und seltenen Metallen im Kontext der zunehmenden Produktion von Geräten aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie oder der Elektrifizierung von Mobilität prominent diskutiert. Dabei stehen allerdings nicht nur die technischen Reichweiten und Verfügbarkeiten und die steigenden Beschaffungskosten im Vordergrund, sondern zunehmend auch die sozialen und politischen Rahmenbedingungen des Abbaus dieser Rohstoffe sowie die Frage strategischer Abhängigkeiten von bestimmten Weltregionen¹⁵⁸.

Damit lässt sich festhalten, dass mittlerweile beide Aspekte – Ressourcenknappheiten und die beschränkte Tragfähigkeit der Natur – einen festen Platz im globalen Nachhaltigkeitsdiskurs einnehmen.

2.1.2.2 Definition von „Sustainable Development“ als anthropozentrisches Leitbild

Auch in den 1980er Jahren entwickelten sich die globale Umweltbewegung und -politik weiter. So wurden die Aspekte des Umweltschutzes durch die Einrichtung von Umweltministerien in den meisten Industrienationen sowie durch die Verabschiedung von Umweltgesetzen und die Integration von Umweltschutzbelangen in inter- und supranationale Vertragsdokumente zum Gegenstand nationalstaatlicher wie globaler Politik.¹⁵⁹

Auf der Ebene der Vereinten Nationen wurde von Seiten des UNEP im Jahr 1982 schließlich die Einrichtung einer „Special commission on long-term environmental strategies“ angeregt¹⁶⁰, welche sich mit den Entwicklungsperspektiven der Umwelt bis zum Jahr 2000 und darüber

¹⁵⁷ Vgl. Rockström et al. (2009).

¹⁵⁸ Vgl. Kerkow, Martens, Müller (2012); Hütz-Adams (2012); Bethge et al. (2014).

¹⁵⁹ Vgl. Rogall (2012), S. 37 ff.

¹⁶⁰ Vgl. United Nations (1982), S. 41. Bemerkenswert ist, dass im ursprünglichen Dokument aus dem Jahr 1982 der Auftrag der Kommission noch „to propose long-term environmental strategies for achieving sustainable development to the year 2000 and beyond“ lautete (Hervorhebungen durch den Autor); vgl. United Nations (1983), S. 131.

hinaus auseinander setzen sollte. Diese später als „World Commission on Environment and Development“ (WCED) weltweit bekannt gewordene Kommission wurde von der UN Generalversammlung im Jahr 1983 als unabhängige Sachverständigengruppe etabliert¹⁶¹.

Vier Jahre später legte die WCED mit ihrem Abschlussbericht „Our Common Future“ ein erstes, international breit beachtetes Konzept für das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung vor¹⁶². Konstitutives Merkmal des Nachhaltigkeitsansatzes der WCED war die Forderung nach inter- und intragenerationaler Gerechtigkeit im Hinblick auf die Nutzung der natürlichen Ressourcenbasis und die Wahrung sozialer Entwicklungschancen, wie es in ihrer viel zitierten Kerndefinition nachhaltiger Entwicklung deutlich wird¹⁶³. Mit dem Fokus auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse formulierte die WCED ein klar anthropozentrisches Nachhaltigkeitsverständnis¹⁶⁴. Dabei räumte die Kommission den „Essential Needs“ der weltweit in Armut lebenden Bevölkerungsteile die höchste Priorität ein¹⁶⁵ und hob hervor, dass Entwicklungsfragen untrennbar mit dem Schutz der natürlichen Umwelt verbunden seien¹⁶⁶. Dem Erhalt der Natur wurde von der WCED aber nicht der Stellenwert eines übergeordneten Ziels zugeschrieben, sie betrachtete ihn vielmehr als Notwendigkeit zur Sicherung der dauerhaften Bedürfnisbefriedigung¹⁶⁷.

Allerdings ließ die Kommission entscheidende Fragen zur Operationalisierung ihres Nachhaltigkeitsansatzes offen. So enthält der Abschlussbericht der WCED keine klaren Aussagen zu den Grenzen ökologischer Tragfähigkeit, die das Maß und die Qualität des für die dauerhafte Bedürfnisbefriedigung des Menschen erforderlichen Naturerhalts konkretisieren könnten. Die im Bericht zu findenden Handlungs-

¹⁶¹ Vgl. United Nations (1987), S. 343.

¹⁶² Vgl. Burschel, Losen, Wiendl (2004), S. 20.

¹⁶³ Die Definition der WCED lautete „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“ United Nations (1987), S. 54.

¹⁶⁴ Vgl. Wilderer, Hauff (2014), S. 22; Weisensee (2012), S. 27–28.

¹⁶⁵ Vgl. United Nations (1987), S. 54.

¹⁶⁶ Vgl. United Nations (1987), S. 48.

¹⁶⁷ Diese Zielhierarchie wird anhand der folgenden Aussagen besonders deutlich: „States shall conserve and use the environment and natural resources for the benefit of present and future generations“ bzw. „States shall maintain ecosystem and ecological processes essential for the functioning of the biosphere“. United Nations (1987), S. 339.

empfehlungen bleiben als Ergebnis einer internationalen politischen Konsensfindung ¹⁶⁸ und sind als eher wachstums- und technologieorientiert zu werten ¹⁶⁹. Zudem werden sie wegen der ihnen zugrundeliegenden, als zu optimistisch geltenden Annahmen zur Tragfähigkeit der globalen Ökosysteme kritisiert ¹⁷⁰.

Neben den unzureichenden Aussagen über das ökologisch Vertretbare beinhaltet die WCED-Kerndefinition nachhaltiger Entwicklung eine weitere, inhärente Unschärfe. Sie stellt zentral auf das Konzept einer dauerhaften menschlichen Bedürfnisbefriedigung ab, das jenseits der Befriedigung elementarer Grundbedürfnisse und vor allem im Hinblick auf zukünftige Generationen kaum objektiv zu fassen ist. So betonen Wilderer und von Hauff entsprechend:

„Die Frage ist nur, was denn die Bedürfnisse künftiger Generationen sein mögen, und wie weit in die Zukunft geplant werden muss. Sicher ist nur, dass wir Heutigen, wie auch künftige Generationen sauberes Wasser, gesunde Nahrungsmittel, ein Dach über dem Kopf, eine bezahlbare Gesundheitsversorgung, Zugang zu nutzbarer Energie, qualifizierte Ausbildung, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und auskömmliches Einkommen brauchen. Alles Weitere ist kaum absehbar.“ ¹⁷¹

Doch selbst diese grundlegenden Anforderungen lassen viel Interpretationsspielraum, so ist zum Beispiel die Einschätzung, was unter „qualifizierter Ausbildung“ und „menschenwürdigen Arbeitsbedingungen“ zu verstehen ist, durchaus Gegenstand sich wandelnder gesellschaftlicher Werthaltungen und Menschenbilder sowie kultureller Prägungen.

¹⁶⁸ Vgl. Weisensee (2012), S. 28; Grunwald, Kopfmüller (2012), S. 24–25. Die Notwendigkeit für eine politische Konsensfindung wird zudem an einer Passage des WCED-Berichts deutlich, in der das Nachhaltigkeitsleitbild als neutral gegenüber verschiedenen Staatsformen beschrieben wird: „A development path that is sustainable in a physical sense could theoretically be pursued even in a rigid social and political setting. But physical sustainability cannot be secured unless development policies pay attention to such considerations as changes in access to resources and in the distribution of costs and benefits.“ United Nations (1987), S. 54.

¹⁶⁹ So wird im Bericht mit Hinblick auf wirtschaftliches Wachstum auch von „not absolute limits but limitations“ gesprochen, die durch technologische und soziale Innovationen zu überwinden seien: „But technology and social organization can be both managed and improved to make way for a new era of economic growth.“ Vgl. United Nations (1987), S. 24.

¹⁷⁰ Vgl. Nutzinger, Radke (1995), S. 36–46.)

¹⁷¹ Wilderer, Hauff (2014), S. 20–21.

Trotz der beschriebenen Unzulänglichkeiten des von der WCED vorgelegten Nachhaltigkeitskonzepts liegen die besondere Leistung des Berichts und vor allem der dort vorgestellten Kerndefinition nachhaltiger Entwicklung darin, dass sie mit dem Ziel der dauerhaft aufrecht zu erhaltenden Fähigkeit zur menschlichen Bedürfnisbefriedigung erstmals einen gemeinsamen Identifikationspunkt für die weltweite Nachhaltigkeitsdebatte schufen, der – heute wie damals – für Akteure mit unterschiedlichem Hintergrund eine grundlegende Basis für die Diskussion über die Zukunftsfragen der Menschheit bietet¹⁷². So lieferte die WCED in ihrem Abschlussbericht zwar keine unmittelbar anwendbare Anleitung zur Umsetzung des Leitbilds, hat aber durch ihre umfassende Problemanalyse und die von ihr formulierten Grundforderungen maßgeblich dazu beigetragen, dass ein globaler Diskurs über geeignete Wege zur Operationalisierung nachhaltiger Entwicklung in Gang gesetzt werden konnte.¹⁷³

2.1.2.3 Entwicklung einer integrativen Betrachtung von Nachhaltigkeitsdimensionen

Aufbauend auf den Ergebnissen der Brundtland-Kommission beschloss die UN-Generalversammlung zwanzig Jahre nach dem Stockholmer Umweltgipfel eine Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung einzuberufen. Dieser „Erdgipfel“ (United Nations Conference on Environment and Development, UNCED) wurde schließlich im Juni 1992 in Rio de Janeiro ausgerichtet und erfuhr eine beeindruckende globale Resonanz: Über 50.000 Delegierten aus aller Welt waren in die brasilianische Metropole gereist, wobei neben den Vertretern der 178 teilnehmenden Staaten auch die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure sehr hoch war. Die Rio-Konferenz 1992 wurde damit „zum Ausgangspunkt einer qualitativ neuartigen Zusammenarbeit in der globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik“¹⁷⁴.

Schon allein die Teilnehmerzahlen machte die Konferenz also zum globalen Großereignis. Zudem fand die Veranstaltung in der weltweiten

¹⁷² Das realisierbare Maß menschlicher Bedürfnisbefriedigung kann damit in gewisser Weise die Funktion eines Indikators für nachhaltige Entwicklung einnehmen, wobei problematisch bleibt, dass der subjektive empfundene Grad individueller Bedürfnisbefriedigung nur schwer zu erfassen ist.

¹⁷³ Vgl. Grunwald, Kopfmüller (2012), S. 25.

¹⁷⁴ Vgl. Eisermann (2003), S. 11.

Aufbruchsstimmung nach dem Ende des Kalten Krieges statt, verbunden mit der Hoffnung auf frei werdende politische und ökonomische Ressourcen durch Abrüstungsaktivitäten in Ost und West („Friedensdividende“¹⁷⁵).¹⁷⁶

Entsprechend ambitioniert waren die mit der Konferenz verbundenen politischen Ziele. Neben der Unterzeichnung der vorab erarbeiteten Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) sollte mit der Erd-Charta ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag für nachhaltige Entwicklung verabschiedet werden¹⁷⁷. Während die beiden genannten Konventionen¹⁷⁸ sowie zwei Erklärungen zum Schutz der Wälder und zu Maßnahmen gegen die zunehmende Wüstenbildung beschlossen wurden, führten Uneinigkeiten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und der Widerstand der USA aber letztlich dazu, dass an Stelle der Erd-Charta die völkerrechtlich nicht bindende „Rio-Deklaration“ verabschiedet wurde¹⁷⁹. Sie umfasst 27 Grundsätze, in denen vor allem die Rolle und Verantwortung nationalstaatlicher Akteure für eine nachhaltige Entwicklung beschrieben werden und auf die besondere Bedeutung bestimmter Personengruppen (wie in Armut lebende Bevölkerungsteile, Jugendliche und Frauen) für die Umsetzung des Leitbilds eingegangen wird.

Dabei bestätigte die Staatengemeinschaft mit dem ersten Grundsatz der Erklärung erneut das anthropozentrische Nachhaltigkeitsverständnis der WCED:

¹⁷⁵ Die weltweiten Militärausgaben sanken im Zeitraum von 1989 bis 1998 tatsächlich von etwa 1.250 auf 834 Mrd. US \$ und stiegen danach wieder stark an. Im Nachgang haben sich die Erwartungen an die Friedensdividende als zu hoch erwiesen, unter anderem weil nach der langen Zeit des Wettrüstens auch Kosten für die Abrüstung und Haushaltskonsolidierung zu bestreiten waren; vgl. Wulf (2011), S. 139–142.

¹⁷⁶ Vgl. Eisermann (2003), S. 26–27.

¹⁷⁷ Die Initiative hierfür geht auf die Empfehlungen im Abschlussbericht der WCED zurück; nachdem im Zuge der Rio-Konferenz allerdings keine Einigung zu diesem Dokument erzielt werden konnte, wurde dessen Verbreitung und Weiterentwicklung in einem breiten zivilgesellschaftlichen Prozess weiter betrieben. Vgl. Internationales Erd-Charta Sekretariat (2003).

¹⁷⁸ Diese Konventionen sind zwar völkerrechtlich bindende Verträge, werden allerdings erst durch ergänzende Vereinbarungen mit Inhalt gefüllt, wie zum Beispiel durch das Kyoto Protokoll zum Klimaschutz.

¹⁷⁹ Vgl. Eisermann (2003), S. 26.

„Die Menschen stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung. Sie haben das Recht auf ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur.“¹⁸⁰

Neben der Rio-Deklaration wurde mit der Agenda 21 ein umfassendes Handlungsprogramm verabschiedet, das zum zentralen Strategiedokument der internationalen Entwicklungs- und Umweltpolitik wurde und den Anstoß zur Formulierung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien sowie zur Initiierung kommunaler Nachhaltigkeitsinitiativen (Lokaler Agenda 21-Prozesse) gab¹⁸¹.

Die 40 Programmbereiche der Agenda adressieren soziale, wirtschaftliche und ökologische Handlungsfelder, die besondere Rolle bestimmter Personengruppen und Gesellschaftsbereiche sowie die für eine nachhaltige Entwicklung erforderlichen „Mittel zur Umsetzung“ (means of implementation)¹⁸². Mit ihrem Aufruf zur „Integration von Umwelt- und Entwicklungsbelangen“¹⁸³ und der den drei Nachhaltigkeitsdimension folgenden Erörterung relevanter Problem- und Handlungsfelder postulierte die Agenda ein mehrdimensionales, integratives Nachhaltigkeitsverständnis. Hieraus entwickelte sich im Anschluss das viel beachtete „Drei-Säulen-Modell“ der Nachhaltigkeit, das zur Grundlage zahlreicher Konzepte in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft wurde¹⁸⁴ und in der Zwischenzeit verschiedene Weiterentwicklungen erfuhr¹⁸⁵.

Im Zuge des Folgeprozesses der UNCED fanden verschiedene Konferenzen zur Bilanzierung und Fortschreibung der Rio-Beschlüsse statt, darunter der UN Earth Summit 1997 in New York¹⁸⁶ und der World Summit on Sustainable Development (WSSD), der zehn Jahre nach Rio

¹⁸⁰ Vgl. United Nations (1992c), Prinzip 1.

¹⁸¹ Vgl. Hauff (2014), S. 15–16.

¹⁸² Vgl. United Nations (1992a).

¹⁸³ United Nations (1992a), S. 1.

¹⁸⁴ Vgl. Hauff (2014), S. 160–161.

¹⁸⁵ So wurden z.B. Dimensionen umbenannt (vgl. Rogall (2012), S. 44) oder verschiedene Darstellungsformen des Zusammenwirkens der drei Dimensionen entwickelt (vgl. Hauff (2014), S. 163–175).

¹⁸⁶ Bei dieser „Special Session of the General Assembly to Review and Appraise the Implementation of Agenda 21“ zog die Weltgemeinschaft fünf Jahre nach dem Rio-Gipfel eine eher negative Bilanz bezüglich der globalen Fortschritte zur Umsetzung der Agenda 21. So wurden viele Ziele, vor allem in den Bereichen Luft- und Wasserverschmutzung, Biodiversität, Wüstenbildung und Übernutzung nicht erneuerbarer Ressourcen verfehlt (vgl. Eisermann (2003), S. 89; United Nations (1997), S. 6–98).

im südafrikanischen Johannesburg ausgerichtet wurde. Dieser Gipfel war eher von Ernüchterung geprägt, so waren in vielen Feldern, wie zum Beispiel in der Armutsbekämpfung oder beim Klima- und Biodiversitätsschutz nur wenige Fortschritte oder sogar Verschlechterungen festzustellen und schon bei den Vorbereitungen der Konferenz (PrepCom 1-4) zeichnete sich eine sehr schwierige Konsensfindung der internationalen Staatengemeinschaft ab¹⁸⁷.

Dabei erschwerten auch die geänderten weltpolitischen Rahmenbedingungen ein weiteres Vorankommen der globalen Nachhaltigkeitspolitik. Unter Federführung der im Jahr 1994 eingerichteten Welthandelsorganisation war in der Zwischenzeit die Liberalisierung des Welthandels weiter vorangetrieben worden. Zudem erfuhr der Multilateralismus in Folge der Terroranschläge des 11. Septembers 2001 generell eine Zäsur. Damit stand der Gipfel in Johannesburg vor allem im Zeichen der Wiederbelebung und Bekräftigung der Rio-Vereinbarungen.¹⁸⁸

Von einer verbindlichen Verabschiedung umfassender und terminierter Zielvorgaben zur Umsetzung der Agenda 21 war die Staatengemeinschaft nach den Welt-Nachhaltigkeitskonferenzen also noch immer weit entfernt. Vor diesem Hintergrund ist es umso beachtlicher, dass, wie im vorangehenden Abschnitt beschrieben, beim UN-Millenniumsgipfel zwei Jahre vor der Johannesburg-Konferenz konkrete Entwicklungsziele vereinbart wurden, auf die auch in der Erklärung zur Konferenz Bezug genommen wurde¹⁸⁹. Wie beschrieben, waren die Millennium Development Goals allerdings vorrangig auf soziale und ökonomische Aspekte ausgerichtet und berücksichtigten – trotz des in

¹⁸⁷ Vgl. Eisermann (2003), S. 91–98; Eisermann weist darauf hin, dass bei der Johannesburg Konferenz neben der im internationalen Konsens zu beschließenden Ergebnisdokumente (Politische Erklärung und Aktions- und Durchführungsplan) (Typ 1) auch Partnerschaftsinitiativen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft (Typ 2) ins Leben gerufen wurden, um den Umsetzungsprozess zu fördern Eisermann (2003), S. 97–98.

¹⁸⁸ Vgl. Fröhlich (2002) sowie das Vorwort von Bärbel Höhn in Eisermann (2003), S. 5–10.; dennoch wurde die zentrale Rolle der UN sowie multilateraler Politik im Allgemeinen für nachhaltige Entwicklung im Konferenzbericht hervorgehoben: „We support the leadership role of the United Nations as the most universal and representative organization in the world, which is best placed to promote sustainable development.” United Nations (2002b), S. 5.

¹⁸⁹ United Nations (2002a), Nummer 20.

der Agenda 21 angelegten integrativen, mehrdimensionalen Nachhaltigkeitsverständnisses – ökologische Nachhaltigkeit kaum.

Erst die gegenwärtige Erarbeitung neuer, die MDGs ablösender Sustainable Development Goals¹⁹⁰ konnte auch die Verzahnung sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung mit ökologischer Nachhaltigkeit wieder stärker in den Vordergrund rücken und damit die integrative Betrachtung des Nachhaltigkeitsansatzes auf der weltpolitischen Bühne wieder mehr Gewicht verleihen.

2.1.2.4 Zentrale Prinzipien im Nachhaltigkeitsdiskurs

Aus der in den vorangehenden Abschnitten vorgestellten historischen Genese des Nachhaltigkeitsleitbilds lassen sich schließlich drei zentrale, für den gegenwärtigen Nachhaltigkeitsdiskurs konstitutive Prinzipien ableiten:

- 1) Anthropozentrismus und Prinzip der inter- und intragenerationalen Gerechtigkeit
- 2) Integrierte, mehrdimensionale Betrachtung nachhaltiger Entwicklung
- 3) Anerkennung der absoluten Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit

Diese Prinzipien sind eng miteinander verflochten und tragen zu einem ganzheitlichen, der Komplexität der betrachteten realen Zusammenhänge entsprechenden Problemverständnis bei, basierend auf ethisch-normativen Vorstellungen über eine global zukunftsfähige Entwicklung. Dabei bleibt die konkrete, umsetzungsbezogene Ausgestaltung dieser Prinzipien – wie das Nachhaltigkeitsleitbild selbst – Gegenstand eines fortlaufenden Diskurses. Um die inhaltliche Breite dieser Diskussion nachvollziehbar zu machen, werden die zentralen, in diesem Kontext zu findenden Diskussionsstränge im Folgenden skizziert.

Zu 1) Anthropozentrismus und Prinzip der inter- und intragenerationalen Gerechtigkeit

Wie in den vorangehenden Abschnitten gezeigt wurde, stehen bei der Entwicklung des weltpolitischen Nachhaltigkeitsleitbilds der Mensch und die Befriedigung seiner Bedürfnisse im Zentrum. Auch wenn diesbezüglich im Allgemeinen Konsens herrscht, haben sich im Nach-

¹⁹⁰ Siehe Kapitel 2.1.1.

haltigkeitsdiskurs verschiedene weltanschauliche Positionen in Bezug auf die Rolle des Menschen und der natürlichen Umwelt etabliert.

Zur Kategorisierung der verschiedenen Standpunkte werden in der Literatur verschiedene Nachhaltigkeitsgrade unterschieden (vgl. Tabelle 4)¹⁹¹. Wichtige Kriterien zur Abgrenzung der Positionen sind dabei das zugrundeliegende Weltbild, der Stellenwert der Souveränität der Wirtschaftssubjekte, der angenommene Grad der Substituierbarkeit von natürlichen und anthropogenen Kapitalstöcken sowie die Rolle und Bedeutung politischer Steuerungsmechanismen und ordnungspolitischer Maßnahmen.

Die ersten beiden der in Tabelle 4 gezeigten Positionen der sehr schwachen bzw. schwachen Nachhaltigkeit zeichnen sich vor allem durch ein stark ausgeprägtes Vertrauen in den technologischen Fortschritt aus (auch Technozentrismus genannt¹⁹²). So wird unterstellt, dass das gesamte Naturkapital mit Hilfe von Technologien durch künstliche Elemente substituiert werden kann, was die Forderung der Neoklassik nach dem Erhalt des Kapitalstockes erfüllen würde¹⁹³. Dementsprechend besteht keine bzw. nur eine sehr beschränkte Notwendigkeit zu Ressourcen- und Umweltschutz oder nachhaltigem Handeln.

Kontinuierliches quantitatives Wirtschaftswachstum wird als höchstes ökonomisches Ziel eingeordnet. Hierfür typische Maßzahlen zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft, wie das Bruttosozialprodukt, beeinflussen die aktuelle Wirtschaftspolitik bzw. das Wirtschaftsgeschehen entscheidend, auch wenn sie für eine nachhaltigkeitsbezogene volkswirtschaftliche Wohlfahrtsmessung nur unzureichend geeignet sind¹⁹⁴.

¹⁹¹ Vgl. Rogall (2012), S. 50–52; Grunwald, Kopfmüller (2012), S. 65 ff; Bartmann (2001), S. 51; Steurer (2002), S. 260 ff.

¹⁹² Vgl. Steurer (2002), S. 286–288.

¹⁹³ Vgl. Hauff (2014), S. 46 ff.

¹⁹⁴ Vgl. Hauff, Jörg, Seitz (2014), S. 109–128.

	Sehr schwache Nachhaltigkeit	Schwache Nachhaltigkeit	Starke Nachhaltigkeit	Strikte Nachhaltigkeit
Weltbild	Streng anthropozentrisch	Anthropozentrisch	Aufgeklärt anthropozentrisch	Ökozentrisch
Souveränität der Wirtschaftssubjekte	Absolut	Absolut, jedoch Anerkennung der Notwendigkeit informationspolitischer Maßnahmen	Eingeschränkte Konsumenten-souveränität bei Marktversagen und meritorischen Gütern	Keine Rücksichtnahme auf Präferenzen der Wirtschaftssubjekte
Substituierbarkeit von Naturkapital	Vollständig	Vollständig	Stark eingeschränkt, eine Reihe von natürlichen Ressourcen ist nicht substituierbar	Keine Substituierbarkeit des natürlichen Kapitalstockes, absoluter Naturerhalt
Verhältnis der drei Nachhaltigkeitsdimensionen	Gleichwertig, solange wirtschaftlich vertretbar	Gleichwertig, bei Abwägungserfordernis im Einzelfall	Gleichwertig bis zu den Grenzen natürlicher Tragfähigkeit	Soziale und ökonomische Dimension sind Ökologie untergeordnet
Bedeutung von Ordnungsmaßnahmen	Ordnungspolitische Eingriffe ausschließlich zur lokalen Gefahrenabwehr (marktfundamentalistisch, neoliberal)	Ordnungspolitische Eingriffe ausschließlich zur lokalen Gefahrenabwehr und zur Bewahrung wichtiger Schutzgüter	Nachhaltiger Umbau des Wirtschaftssystems durch technische und verhaltensändernde Maßnahmen	Sofortiges radikales, politisches Umsteuern (technologischen oder marktlichen Lösungsansätzen wird keine Priorität eingeräumt)

Tabelle 4: Nachhaltigkeitsgrade¹⁹⁵

Die Annahme einer beliebigen Substituierbarkeit von Naturkapital durch vom Menschen gemachtes Kapital entspricht jedoch nicht den realen Gegebenheiten begrenzter Tragfähigkeiten von Ökosystemen und real existierender Ressourcenknappheiten. So vernachlässigt diese Position, „daß die Natur in ihren verschiedenen Formen nicht nur Inputlieferantin

¹⁹⁵ Tabelle nach Rogall (2012), S. 50–52; Bartmann (2001), S. 51.

für den ökonomischen Prozeß ist, sondern darüber hinaus auch ein *Lebenserhaltungssystem* und damit die *Grundvoraussetzung* jedes Wirtschaftens überhaupt“¹⁹⁶.

Doch selbst wenn es möglich wäre, in der Zukunft den natürlichen Kapitalstock zunehmend zu substituieren, bliebe fraglich, ob der damit einhergehende vermeintliche Fortschritt als wünschenswert anzustreben sei. Geht man in diesem Zusammenhang noch einen Schritt weiter und hinterfragt, inwieweit gegenwärtiges menschliches Handeln überhaupt festlegen darf, welches Maß an natürlichen Ressourcen zukünftigen Generationen zugebilligt werden soll, bzw. welchen (ökonomischen) Wert nicht-menschliche Lebewesen oder eine intaktes Ökosystem haben, zeigt sich, dass die Nachhaltigkeitsdebatte eng mit ethisch-normativen Fragestellungen verbunden ist¹⁹⁷.

Als Gegenpol zu den eben geschilderten schwachen Nachhaltigkeitsgraden, lässt sich daher das Verständnis einer strikten Nachhaltigkeit anführen. Es ist mit einem ökozentrischen Weltbild¹⁹⁸ verbunden, welches menschliche Bedürfnisse hinter den Erhalt der Natur einordnet und damit zu einer Art „Öko-Diktatur“¹⁹⁹ führen würde. Diese Position des absoluten Naturerhalts ist im Rahmen einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung als nicht umsetzbar einzustufen.

Beide der angeführten Extrempositionen eignen sich also nicht für eine integrative Nachhaltigkeitsbetrachtung²⁰⁰. So blendet die Position schwacher Nachhaltigkeit naturgesetzliche Gegebenheiten und die Begrenztheit ökologischer Tragfähigkeit aus, während die Position der strikten Nachhaltigkeit der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse einen zu geringen Stellenwert zuschreibt.

Zu 2) Integrierte, mehrdimensionale Betrachtung nachhaltiger Entwicklung

Die gleichrangige Betrachtung der drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales gilt mittlerweile als eines der grundlegenden Merkmale des Nachhaltigkeitsleitbilds, ist aber ebenso wie die Nachhaltigkeitsdefinition der WCED zu abstrakt, um konkret handlungs-

¹⁹⁶ Nutzinger (1995), S. 222.

¹⁹⁷ Vgl. Rogall (2012), S. 197 ff.

¹⁹⁸ Vgl. Bartmann (2001), S. 51.

¹⁹⁹ Rogall (2012), S. 147.

²⁰⁰ Vgl. Rogall (2012), S. 52.

leitend zu sein²⁰¹ und damit auch anfällig für eine eher beliebige, instrumentalisierende Ausgestaltung. So sind einerseits die als idealtypisch verstandenen „win-win-win“-²⁰²Konstellationen zwischen den drei Nachhaltigkeitsdimensionen in der Praxis oft nur schwer zu realisieren, andererseits ist im Fall konfliktärer Zielkonstellationen, wie bei der Abwägung sozialer und ökonomischer Entwicklungsinteressen gegenüber ökologischen Zielen, die Entscheidungsfindung im Einzelfall schwierig²⁰³.

Zielführender als eine gleichrangige Modellierung der drei Nachhaltigkeitsdimensionen scheint eine Darstellung, die der Funktion natürlicher Ökosysteme als Lebensgrundlage und Voraussetzung ökonomischer Aktivitäten gerecht wird. Hierfür eignet sich das Verständnis einer „nested hierarchy of systems“²⁰⁴, also der Einbettung anthropogener Systeme in übergeordnete ökologische, nicht-anthropogene Systeme, das einer unterstellten „bedingungslosen“ Gleichrangigkeit ökologischer, sozialer und ökonomischer Aspekte als Grundlage für die weiteren Ausführungen vorgezogen wird.

Dennoch wird aber aus didaktischen Gründen in diesem Buch an der Begrifflichkeit der drei Nachhaltigkeitsdimensionen festgehalten. Sie wird aber eher als verbales Konstrukt verstanden, das den komplexen Wechselbeziehungen zwischen anthropogenen und nicht-anthropogenen Subsystemen sowie der Multidimensionalität der Problemstellung nachhaltiger Entwicklung einen Namen gibt.

Zu 3) Anerkennung der absoluten Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit

Wie schon erörtert wurde, ist auch aus der Perspektive eines anthropozentrischen Nachhaltigkeitsleitbilds der Erhalt der Natur und ihrer Funktionen als lebenserhaltende Ökosysteme grundlegend. Mit Hinblick auf die Bedürfnisse zukünftiger Generationen nach einem intakten natürlichen Lebensraum gewinnt aber auch ein Naturerhalt, der über die alleinige Sicherung der physischen Grundlagen menschlicher Überlebensfähigkeit hinausgeht, einen entsprechend hohen Stellenwert.

Dabei ist zu betonen, dass die Auswirkungen menschlicher Eingriffe auf die Ökosysteme nicht vollumfänglich prognostiziert werden können

²⁰¹ Vgl. Hauff (2014), S. 161.

²⁰² Vgl. Hauff, Kleine (2009), S. 116.

²⁰³ Vgl. Hauff (2014), S. 159–163.

²⁰⁴ Costanza, Patten (1995), S. 196.

und aufgrund der komplexen Zusammenhänge wahrscheinlich auch nur unzureichend erfassbar bleiben²⁰⁵. Somit ist es schwierig zu beurteilen, welches Maß an Umweltbelastung möglich ist, ohne die Bedürfnisbefriedigung gegenwärtiger und vor allem zukünftiger Generationen zu gefährden. Dieses Informationsdefizit bezüglich der Tragfähigkeit menschlicher Eingriffe in die Natur erfordert einen Umgang mit der natürlichen Umwelt, dem das Vorsichtsprinzip zu Grunde liegt:

„Gefahren und unvermeidbare Risiken für die menschliche Gesundheit und die natürlichen Lebensgrundlagen sind zu vermeiden“²⁰⁶.

Ebenso ist es erforderlich, die absoluten Grenzen der Tragfähigkeit natürlicher Systeme anzuerkennen, ohne diese „auszureizen“. Ein diesbezüglich viel diskutiertes Konzept ist das der „Planetary Boundaries“, das im Jahr 2009 von einer internationalen Forschergruppe, bestehend aus 28 Wissenschaftlern um den Schweden Johan Rockström, vorgestellt wurde²⁰⁷. Sie identifizierten insgesamt neun „Planetary Systems“²⁰⁸ im Sinne kritischer Ökosysteme, deren Belastungsgrenzen es nicht zu überschreiten gilt, um das menschliche Leben auf der Erde nicht zu gefährden:

„To meet the challenge of maintaining the Holocene state, we propose a framework based on ‘planetary boundaries’. These boundaries define the safe operating space for humanity with respect to the Earth system and are associated with planet’s bio-physical subsystems or processes.“²⁰⁹

Nach Angaben der Autoren waren im Jahr 2009 schon drei der neun Belastungsgrenzen überschritten²¹⁰. Das Konzept der „Planetary Boundaries“ wurde unter anderem in der globalen Klimaschutzpolitik („Zwei-Grad-Ziel“) aufgegriffen, außerdem entspricht es dem vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) seit Mitte der 1990er Jahre entwickelten Ansatz der ökologischen Leitplanken²¹¹.

²⁰⁵ Vgl. Burschel, Losen, Wiendl (2004), S. 266.

²⁰⁶ Vgl. Burschel, Losen, Wiendl (2004), S. 266.

²⁰⁷ Vgl. Rockström et al. (2009).

²⁰⁸ Vgl. Rockström et al. (2009), S. 472.

²⁰⁹ Rockström et al. (2009), S. 472.

²¹⁰ Hierzu zählen die Bereiche der atmosphärischen CO₂-Konzentration, des Verlusts an Biodiversität und der Entfernung von Stickstoff aus der Atmosphäre. Vgl. Rockström et al. (2009), S. 473.

²¹¹ Vgl. WBGU (2011), S. 34.

Whiteman, Walker und Perego (2013) weisen auf die unmittelbare Bedeutung dieses Ansatzes für die Diskussion um Nachhaltigkeit auf Unternehmensebene hin und fordern eine stärkere Anbindung der Corporate-Sustainability-Forschung an die Fragestellungen gesamtsystemischer Nachhaltigkeit^{212 213}. Dabei sehen die Autoren unter anderem Forschungsbedarf bezüglich der Fragestellung „how inter-organizational dynamics and corporate governance structures link firm behaviour with Earth systems at varying levels of scale“²¹⁴, was zu dem in diesem Buch entwickelten Konstrukt der Corporate Sustainability Governance (Kapitel 4) unmittelbar anschlussfähig ist.

2.2 Nachhaltigkeit als ökonomisches Prinzip: Vom „Sustainable Yield“ in der Forstwirtschaft zur Substanzerhaltung in der Betriebswirtschaftslehre

Im vorangehenden Kapitel wurde nachhaltige Entwicklung als modernes politisches Leitbild vorgestellt, das seit den 1970er Jahren von der internationalen Staatengemeinschaft aufgegriffen und den Organisationen der Vereinten Nationen maßgeblich geprägt wurde.

An sich ist der Nachhaltigkeitsgedanke aber bekanntlich schon wesentlich älter und wurde im frühen 18. Jahrhundert als ökonomisches Handlungsprinzip in der Forstwirtschaft formuliert. Das auf der Ostermesse Leipzig im Jahr 1713 vom damaligen Oberberghauptmann des Erzgebirges, Hans Carl von Carlowitz, vorgestellte Werk „*Sylvicultura oeconomica*“²¹⁵ gilt gemeinhin als Ursprungswerk für den Nachhaltigkeitsbegriff, woran vor allem in Deutschland durch zahlreiche Aktionen zum „300. Jahrestag der Nachhaltigkeit“ im Jahr 2013 erinnert wurde²¹⁶.

Auch wenn von Carlowitz mit seinem Plädoyer für eine „continuirliche beständige und nachhaltende Nutzung“²¹⁷ des Waldes das Nachhaltigkeitsprinzip zum ersten Mal in dieser Klarheit formulierte, entstanden schon im späten Mittelalter erste forstwissenschaftliche Verordnungen und Aufforstungsmaßnahmen, um dem sich verschärfenden Holzmangel

²¹² Vgl. Whiteman, Walker, Perego (2013), S. 324 ff.

²¹³ Vgl. hierzu die Diskussion in Kapitel 2.2.1.3.

²¹⁴ Whiteman, Walker, Perego (2013), S. 329.

²¹⁵ Vgl. Carlowitz (1713).

²¹⁶ Vgl. hierzu stellvertretend Deutscher Forstwirtschaftsrat (Hrsg.) (2014).

²¹⁷ Carlowitz (1713), S. 105.

zu begegnen²¹⁸. Holz wurde als Baumaterial, Energieträger und Werkstoff seit dem Mittelalter zur ökonomischen Zentralressource, was mit einer dauerhaften Übernutzung der Waldflächen verbunden war. Diese führte im 13. und 14. Jahrhundert zu einer tiefgreifenden ökologischen wie ökonomischen Krise, die auch die Ausbreitung von Pestepidemien und den damaligen Zusammenbruch der Bevölkerungszahlen Mitteleuropas beschleunigte²¹⁹.

Zur Zeit der Entstehung der „*Sylvicultura Oeconomica*“ war man in Europa von einer neuerlichen, derart dramatischen Krise noch weit entfernt. Holz-mangel war ein vorrangig regionales Problem²²⁰, gefährdete aber die ökonomische Grundlage der frühen Industrialisierung (vor allem der Metallurgie), die auf Holz als Energieträger angewiesen war²²¹. Im Gegensatz zur Subsistenzkrise des späten Mittelalters, die erst nach dem Tod von etwa 13 Millionen Menschen durch eine Entschärfung der Nahrungsmittelknappheit ein Ende fand²²², setzten sich von Carlowitz und andere Vertreter seiner Zeit²²³ also schon vor einer weiteren Krise mit dem bei unveränderter Nutzung zwangsläufig bevorstehenden „Grossen Holtz-Mangel“²²⁴ auseinander²²⁵.

Besonders interessant ist hierbei, dass in diesen Arbeiten normativer Nachhaltigkeitsanspruch und ökonomisches Nutzungsgebot widerspruchsfrei „Hand in Hand“ gingen, was wohl auch der Art der nachhaltig zu bewirtschaftenden Ressource geschuldet war: Die Regenerationsrate des Waldes beträgt einige Jahrzehnte – ohne Verweis auf das Wohl zukünftiger Generationen und damit verbundener Nutzungseinschränkungen in der Gegenwart ist eine ökonomisch nachhaltige Bewirtschaftung demnach nicht zu realisieren.

²¹⁸ Vgl. Becker (1991); Hamberger (2003), S. 38–41.

²¹⁹ Vgl. Nutzinger (1995), S. 207–212.

²²⁰ Vgl. Grober (2013), S. 16.

²²¹ Vgl. Carlowitz (2013), S. 361–362.

²²² Vgl. Nutzinger (1995).

²²³ Grober weist hier vor allem auf die Vorarbeiten des Briten John Evelyn hin, dessen Werk „*Sylva or a Discourse of Forest Trees and the Propagation of Timber*“ aus dem Jahr 1666 vermutlich auch für von Carlowitz eine ergiebige Quelle war. Nach Grober setzte sich von Carlowitz in Frankreich zudem mit der vom damaligen Finanzminister Colbert vorangetriebenen Forstreform auseinander (1667), in deren Ordonnanzen ebenfalls Grundsätze einer nachhaltigen Forstnutzung formuliert wurden. (Grober (2013), S. 17–20).

²²⁴ Carlowitz (1713), Titelblatt.

²²⁵ Vgl. Carlowitz (1713), S. 44–53.

So argumentierte von Carlowitz einerseits rein ökonomisch, in dem er darauf hinwies, dass, „wenn die Holtz und Waldung erst einmal ruiniert [...] die Einkünfte auff unendliche Jahre hinaus zurücke“²¹⁹ blieben und verglichen mit dem „scheinbaren Profite“²¹⁹ einer kurzfristigen Verwertung des Bestands „ein unersetzlicher Schade[n]“²²⁶ entstünde.

Auf der anderen Seite begründet er seine Forderungen nach einer nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes als Beitrag „zur Beförderung des allgemeinen Bestens“²²⁷ und der erforderlichen Vorsorge gegenüber der „lieben *Posterität* zur Erhaltung ihrer Nahrung“²²⁸ (Posterität i.S. nachfolgender Generationen), womit er eine klar normative Argumentationslinie wählte.

2.2.1.1 Ressourcenökonomisches Prinzip und Managementregeln für den Umgang mit natürlichen Ressourcen

Das durch von Carlowitz für die Forstwirtschaft formulierte ressourcenökonomische Prinzip, von einer nachwachsenden Ressource nur so viel Ertrag zu ernten, dass deren Substanz und die dadurch zu erzielenden Erträge mindestens erhalten bleiben²²⁹ (statische bzw. dynamische Nachhaltigkeit²³⁰), wurde mit dem Konzept des „Sustainable Yield“ auch auf andere Bereiche, allen voran die Fischereiwirtschaft übertragen²³¹. In der Ökonomie selbst gilt analog das Prinzip des Kapitalerhalts, also von den Erträgen der Zinsen und nicht vom Kapital zu leben, im Hinblick auf den Umgang mit Finanzkapital als grundlegende Handlungsregel²³².

Die vor dem Hintergrund des modernen Nachhaltigkeitsleitbilds notwendige Übertragung dieser Handlungsregel auf alle Kapitalarten erfährt aber bisher weder in der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie²³³, noch in der Unternehmenspraxis ausreichend Beachtung.

²²⁶ Carlowitz (1713), S. 87.

²²⁷ Carlowitz (1713), Titelblatt.

²²⁸ Carlowitz in seiner Widmung an Friedrich August (Carlowitz (2013), S. 95)

²²⁹ Er forderte „*Praecautio*, [...] daß eine Gleichheit zwischen dem An- und Zuwachs und dem Abtrieb derer Hölzter erfolget“; Carlowitz (2013), S. 197.

²³⁰ Vgl. Nutzinger, Radke (1995), S. 15.

²³¹ Grober (2013), S. 14; Finley, Oreskes (2013).

²³² Vgl. Müller-Christ (2001), S. 91; Müller-Christ (2010), S. 110–111.

²³³ Diesbezügliche Ansätze im Hinblick auf einen nachhaltigen Umgang mit Naturkapital auf volkswirtschaftlicher Ebene sind zu finden bei Pearce und Turner (1990) sowie Daly (1990); bezogen auf immaterielle Ressourcen auf betriebswirtschaftlicher Ebene bei Moldaschl (2007) sowie Ansätze eines

Ein Grund hierfür kann in den kurzfristigen Zielhorizonten ökonomischen Handelns gesehen werden – eine Feststellung, die schon von Carlowitz als zentralen Hemmfaktor für nachhaltiges Wirtschaften erkannte²³⁴. So mögen die Anforderungen nachhaltigen Handelns aus der Perspektive kurzfristiger ökonomischer Erfolgsmaximierung zunächst widersprüchlich erscheinen, dies ist aber meist nicht auf tatsächliche Konflikte zwischen sozialen, ökologischen und ökonomischen Zielstellungen zurückzuführen. Vielmehr bestehen Konflikte zwischen kurz- und langfristigen Zielen ökonomischer Aktivitäten. Eine Ausdehnung des Betrachtungshorizonts auf mehrere Jahrzehnte oder Jahrhunderte macht deutlich, dass nachhaltiges Wirtschaften als oberstes ökonomisches Ziel und der Erhalt von sozialen, ökonomischen und ökologischen Kapitalstöcken als Voraussetzung dauerhaft erfolgreichen ökonomischen Handelns gelten darf.

Natürlich zeichnet sich der Anwendungsbereich der durch von Carlowitz formulierten Nutzungsregeln durch eine verhältnismäßig geringe Komplexität aus, ebenso wie die Bewirtschaftung anderer natürlicher Ressourcen gemäß dem Prinzip des nachhaltigen Ertrags („Sustainable Yield“). Sowohl der zu betrachtende Zeitrahmen, die Komplexität der Ursache-Wirkungsbeziehungen, als auch die geographische Reichweite der Problemstellung sind hier in der Regel überschaubar. Problemverursacher und Lösungsansätze sind klar zu bestimmen und die Operationalisierung von Nachhaltigkeit damit wesentlich einfacher.

Mit dem modernen Verständnis nachhaltiger Entwicklung haben sich Zeitrahmen und Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge erheblich ausgeweitet²³⁵: Aus einer regional begrenzten Problematik mit einem zeitli-

nachhaltigen Human Resource Managements bei Ehnert, Harry, Zink (2014) und der nachhaltigen Gestaltung von Arbeits- bzw. Wertschöpfungssystemen bei Zink, Fischer (2013) und Fischer, Zink (2012); als übergreifenden organisationstheoretischen Ansatz des Nachhaltigkeitsmanagements vgl. die Theorie der Wirtschaftsökologie (Müller-Christ (2010), S. 123 ff und Remer (1993)). Von Hauff weist schließlich darauf hin, dass Nachhaltigkeit als Wissenschaftsdisziplin trotz der frühen Erkenntnisse aus der Forstwirtschaft und der Etablierung des Wissenschaftszweigs der „Oecologie“ im 19. Jahrhundert erst wieder in den 1970er Jahren verstärkte Aufmerksamkeit erhielt (vgl. Hauff (2014), S. 4).

²³⁴ Vgl. Carlowitz (1713), S. 86–87 sowie S. 94.

²³⁵ Vgl. hierzu auch die von Rogall (2012) aufgegriffenen quantitativen und qualitativen Unterschiede zwischen den modernen und den vorindustriellen Umweltzerstörungen (Rogall (2012), S. 32).

chen Bezugsrahmen von einigen Jahren oder Jahrzehnten wie in den Anwendungsbereichen des Sustainable-Yield-Ansatzes, ist ein globales Problem mit einem mehrere Generationen übergreifenden zeitlichen Horizont geworden. Der durch eine nicht-nachhaltige Wirtschaftsweise entstehende Schaden ist oft nicht unmittelbar wahrnehmbar und dem jeweiligen Verursacher nur schwer zuzurechnen, wie es zum Beispiel bei der Akkumulation toxischer Substanzen in der Umwelt oder bei Klimaveränderungen durch den anthropogenen Ausstoß von Treibhausgasen der Fall ist. Dies erschwert auch entsprechend die Möglichkeiten einer Internalisierung negativer externer Effekte und schränkt die Umsetzbarkeit bzw. Effektivität traditioneller neoklassischer Steuerungsansätze der Umweltökonomie erheblich ein²³⁶. Hinzu kommt, dass im Hinblick auf das moderne Nachhaltigkeitspostulat nicht nur, wie im Fall des Sustainable-Yield-Prinzips, regenerative natürliche Ressourcen zu „managen“ sind, sondern auch nicht-regenerative sowie immaterielle Ressourcen.

Trotz dieser Herausforderungen fand das Nachhaltigkeitsprinzip im weiteren Sinne erst wieder ab den 1950er Jahren in die wirtschaftswissenschaftliche Forschung Einzug. So verdeutlichten die Arbeiten von Karl Kapp zu den volkswirtschaftlichen Kosten der Marktwirtschaft²³⁷ und die systemtheoretisch fundierte „Reconstruction of Economics“ von Kenneth E. Boulding²³⁸ sehr früh die Wechselwirkungen moderner ökonomischer Prozesse mit der ökologischen Umwelt und sozialen Systemen.

Ausgehend von diesen und weiteren Arbeiten²³⁹ entwickelte sich seit Mitte der 1980er Jahre das Wissenschaftsfeld der Ökologischen Ökonomie²⁴⁰, das stark von naturwissenschaftlichen, thermodynamischen Überlegungen geprägt war. Auf der Grundlage der Erkenntnis,

²³⁶ Traditionelle neoklassische Ansätze der Umweltökonomie zur Korrektur des Marktversagens sind Preislösungen wie die Pigou-Steuer (beispielsweise in Form der „Öko-Steuer“ umgesetzt) oder Verhandlungslösungen, die auf dem Coase-Theorem basieren und zum Beispiel in der Gestalt des Emissionshandels umgesetzt werden. Die grundlegenden Voraussetzungen, vollständige Information und Transaktionskostenfreiheit (Coase) sind aber in der Realität nicht gegeben, weshalb diese Instrumente nur eingeschränkt funktionieren; vgl. Pascour (1996).

²³⁷ Vgl. Kapp (1975 (EA:1950)).

²³⁸ Vgl. Boulding (1950).

²³⁹ Vgl. Georgescu-Roegen (1976 (EA: 1971)); Barbier (1989).

²⁴⁰ Vgl. Rogall (2012), S. 119–121.

dass die Ökonomie als offenes Subsystem des an sich geschlossenen Systems Erde²⁴¹ auf den stetigen Zu- und Abfluss von Materie und Energie angewiesen ist, konnten die Endlichkeit der Ressourcen auf dem „Spaceship Earth“²⁴² begründet und entsprechende Lösungsansätze, wie die einer „Steady State Economy“²⁴³ entwickelt werden²⁴⁴.

Aus dieser Diskussion entstanden schließlich auch konkrete Managementregeln für den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen, die in der Zwischenzeit einen festen Platz im wissenschaftlichen wie politischen Nachhaltigkeitsdiskurs gefunden haben. Vorreiter für diese Formulierungen²⁴⁵ war Daly, der im Jahr 1990 die folgenden Managementregeln für eine nachhaltige Ressourcennutzung aufstellte²⁴⁶:

- Erneuerbare Ressourcen dürfen nur in dem Maße abgebaut werden, wie sie sich regenerieren (Abbau geringer als Regenerationsrate),
- nicht-erneuerbare Ressourcen (zum Beispiel fossile Energieträger) dürfen dauerhaft nur in dem Umfang genutzt werden, wie ihre

²⁴¹ In der Thermodynamik werden drei Arten von Systemen unterschieden – offene, geschlossene und abgeschlossene Systeme. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Fähigkeit zum Austausch von Energie und Materie mit ihrer Umgebung. So stehen offene Systeme im Materie- und Energietransfer mit ihrer Umgebung, während geschlossene Systeme Energie, aber keine Materie und abgeschlossene weder Energie noch Materie mit ihrer Umgebung tauschen. Vgl. Lüdecke, Lüdecke (2000), S. 218. Da ökonomische Prozesse auf dem Austausch von Materie und Energie beruhen, ist die Ökonomie als offenes System einzustufen.

²⁴² Vgl. Boulding (1950).

²⁴³ Vgl. Daly (1974).

²⁴⁴ An dieser Stelle ist hervorzuheben, dass die starke Ausrichtung dieser Arbeiten an thermodynamischen Gesetzmäßigkeiten auch zu nicht haltbaren Analogienbildungen zwischen Thermodynamik und Ökonomie geführt hat, darunter die Begründung des „vierten Hauptsatzes“ durch Georgescu-Roegen, der einen naturgesetzlich vorgegebenen Materieverlust im Zuge ökonomischer Tätigkeiten unterstellte: Mit der Begründung, dass die Thermodynamik zwar energetische Aspekte erkläre, sich aber nicht auf Materie beziehe, formuliert er, „daß Materie ebenso in zwei Zuständen existiert, nämlich verfügbar und unverfügbar und daß sie genau wie Energie ständig und unwiderruflich von dem einen in den anderen Zustand abnimmt“. Demnach sei die Nutzung von Ressourcen mit einem unwiderruflichen Verlust an verfügbarer Materie verbunden, sie „löst sich ebenso wie Energie in Staub auf“. Diese Annahme ist allerdings mit den thermodynamischen Hauptsätzen unvereinbar. (Zitate aus Georgescu-Roegen (1987), S. 8).

²⁴⁵ Vgl. Hauff (2014), S. 55.

²⁴⁶ Vgl. Daly (1990), S. 2 ff.

Funktion durch andere Ressourcen substituiert werden kann (zum Beispiel durch erneuerbare Energieträger),

- bei jeglicher Ressourcennutzung ist die Grenze der Aufnahmefähigkeit der Natur (Assimilationsfähigkeit) für Emissionen zu berücksichtigen (vgl. zum Beispiel beim Ausstoß von Treibhausgasen).²⁴⁷

2.2.1.2 Mikroökonomische Nachhaltigkeit

Die von Daly und weiteren Vertretern der Ökologischen Ökonomie, aber auch von Pearce und Turner als Vertreter der neoklassischen Umweltökonomie formulierten Handlungsprinzipien einer nachhaltigen Ressourcennutzung fokussieren vorrangig die volkswirtschaftliche Betrachtungsebene und sind auf den nachhaltigen Umgang mit Naturkapital ausgerichtet.

Diese Überlegungen transferierten Remer und Müller-Christ mit der Erarbeitung ihres Ansatzes der Wirtschaftsökologie Ende der 1990er Jahre auf die mikroökonomische Ebene des nachhaltigen Ressourcenmanagements von Unternehmen, in dem sie einen betriebswirtschaftlichen Modernisierungsprozess anhand des Einbezugs ökologischer Prinzipien forderten²⁴⁸. Dabei verstehen Remer und Müller-Christ den Ökologie-Begriff in seinem ursprünglichen Sinn als „Lehre von den (lebenserhaltenden) Haushalts-Beziehungen“²⁴⁹ und nutzen die wechselseitigen, auf Dauer angelegten Ressourcenbeziehungen in Ökosystemen als Metapher für ein nachhaltiges Management von Ressourcen in der Wirtschaft²⁵⁰.

Demnach leben alle natürlichen und anthropogenen Systeme, darunter auch das Wirtschaftssystem, in einer Art Haushaltsgemeinschaft, die von allen Systemen gemeinsam bewirtschaftet wird. Entscheidend ist hierbei die Aussage, dass ein einzelnes System (wie ein Unternehmen) die

²⁴⁷ Ähnliche Managementregeln sind auch bei Pearce und Turner zu finden; vgl. Pearce, Turner (1990), S. 44. Im Gegensatz zu Daly als Vertreter und Mitbegründer der Ökologischen Ökonomie sind Pearce und Turner jedoch der neoklassischen Schule zuzuordnen, haben aber das Konzept des konstanten Naturkapitals hervorgebracht (vgl. Burschel, Losen, Wiendl (2004), S. 31).

²⁴⁸ Vgl. Remer (1993).

²⁴⁹ Remer (1993), S. 458.

²⁵⁰ Vgl. Müller-Christ, Remer (1999), S. 80.

Umwelten, von denen es lebt, nicht soweit schädigen darf, dass es dabei seine eigene Existenzgrundlage zerstört²⁵¹.

Diese Forderung erinnert stark an die Carlowitzschen Aussagen zur Forstwirtschaft knapp 300 Jahre zuvor. Von ihrer Umsetzung sind die gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme aber noch immer weit entfernt, insbesondere dann, wenn Schädigungen der Umwelten bzw. Ressourcenquellen und entstehende Ressourcenknappheiten nicht direkt wahrnehmbar sind²⁵². Diese Schädigungen können schließlich – abhängig von den betrachteten Ressourcen – unmittelbar oder auch erst mittel- bis langfristig zu negativen Rückwirkungen auf die Unternehmen oder das Wirtschaftssystem als Ganzes führen. Der Erhalt und die Pflege der betrieblichen Ressourcenquellen unter Berücksichtigung der jeweiligen Eigengesetzlichkeiten als Überlebens- und Reproduktionsbedingungen²⁵³ müssen daher im Zuge eines nachhaltigen Ressourcenmanagements im Vordergrund stehen:

„Es müssen alle Systeme ‚einzahlen‘, weil sonst bald die ‚Lebensmittel‘ knapp würden. Allen Umwelten, von denen die Wirtschaft lebt, muß sie ihrerseits direkt oder indirekt das Leben ermöglichen“²⁵⁴.

Zur Konkretisierung dieser Forderung führen Müller-Christ und Remer ein substanzerhaltungsorientiertes Nachhaltigkeitsprinzip ein, demzufolge mit jedem Ressourcenverbrauch für einen mindestens gleichwertigen Ressourcennachschub zu sorgen ist. Einen wichtigen Ausgangspunkt für ihre Überlegungen sehen sie dabei im in der Ökonomie vorrangig herrschenden Effizienzparadigma²⁵⁵, das aus ihrer Sicht vor dem Hintergrund des Nachhaltigkeitspostulats zu kurz greift:

„[Das] normative Ziel der intergenerativen Gerechtigkeit hat unserer Meinung nach eine Qualität, die über das Anliegen einer effizienten Bewirtschaftung der Natur deutlich hinausgeht. Die dauerhafte

²⁵¹ Vgl. Remer (1993), S. 458.

²⁵² Steimle (2008) argumentiert diesbezüglich, dass auch die Bekanntheit von real bestehenden Knappheiten aber nicht unmittelbar zu einer nachhaltigen Ressourcennutzung als betriebswirtschaftlich rational zu begründete Handlungsoption führen müsse, wie das Beispiel des Umgang mit den sich erschöpfenden fossilen Energieträgern zeige; vgl. Steimle (2008), S. 139–140.

²⁵³ Vgl. Müller-Christ, Remer (1999), S. 72.

²⁵⁴ Remer (1993), S. 460.

²⁵⁵ Auch in der Nachhaltigkeitsdebatte spielt das Thema Effizienz traditionell eine bedeutende Rolle (vgl. zum Beispiel Schmidheiny (1999)), wird inzwischen aber um die Kriterien der Suffizienz und Konsistenz ergänzt (vgl. Hauff (2014), S. 62–65).

Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeit wird nämlich nicht alleine dadurch erreicht, daß die vorhandenen Ressourcen sparsam bewirtschaftet werden. Nachhaltig erscheint uns eine Entwicklung vielmehr dann, wenn der *Verbrauch* an Entwicklungschancen (Ressourcen) zumindest kompensiert wird durch die Bereitstellung oder den *Nachschub* an neuen Entwicklungschancen.²⁵⁶

Um diese Überlegungen direkt anschlussfähig zu bestehenden betriebswirtschaftlichen Kennzahlen zu machen, drücken Müller-Christ und Remer ihr Prinzip zudem in Form einer operativen Kennzahl aus:

$$\text{Nachhaltigkeit des Ressourceneinsatzes} = \frac{\text{Ressourcenverbrauch}}{\text{Ressourcen nachschub}}^{257}$$

Mit dieser Kennzahl erweitern bzw. ergänzen sie letztlich das Anwendungsfeld der erwähnten Managementregeln, die von Daly sowie Pearce und Turner für eine nachhaltige Ressourcennutzung formuliert wurden. Die von Müller-Christ vorgeschlagenen Handlungsoptionen zur aktiven Sicherung des Ressourcennachschubs und zur Pflege der Ressourcenquellen unterscheiden sich dabei nur gering von den oben genannten Managementregeln²⁵⁸.

Verglichen damit hat das wirtschaftsökologische Nachhaltigkeitsverständnis aber einen explizit mikroökonomischen und organisations-theoretischen Bezugsrahmen und bezieht die gesamte betriebswirtschaftliche Ressourcenbasis ein, also neben ökologischen Ressourcenquellen auch anthropogene Ressourcen des Human- und Sozialkapitals sowie des Sach- und Finanzkapitals.

Dabei sehen Müller-Christ und Remer ihren Ansatz einerseits als einen, auf ökonomischer Rationalität begründeten Zugang zu nachhaltigem Unternehmenshandeln, andererseits aber auch als Ausgangspunkt strategischer Handlungsspielräume für ein Unternehmen²⁵⁹. Ausreichende Informationen über die Herkunft der betrieb-

²⁵⁶ Müller-Christ, Remer (1999), S. 70.

²⁵⁷ Vgl. Müller-Christ, Remer (1999), S. 92; Müller-Christ (2010), S. 111.

²⁵⁸ Dazu zählen die identische Wiederherstellung einer verbrauchten Ressource, die (Wieder-)Erschließung einer funktionsgleichen Ressource (im Idealfall durch Substitution einer nicht-regenerativen durch eine regenerative Ressource) und Investitionen in die Leistungsfähigkeit der Ressourcenquellen (zum Beispiel in die Mitarbeitermotivation, in die Assimilationsfähigkeit der Natur); vgl. Müller-Christ (2001), S. 93.

²⁵⁹ Vgl. Müller-Christ (2001), S. 94.

lichen Ressourcen und die Gesetzmäßigkeiten, unter denen sie entstehen, erlauben einem Unternehmen schließlich, gezielt in die Ressourcenquellen zu investieren und damit zur Sicherung des eigenen Ressourcennachschubs beizutragen, womit umweltbedingte Unsicherheiten reduzieren werden können²⁶⁰. Folglich entsteht „mit der Investition in den Nachschub ein *neuer Handlungsspielraum*, der einen konstruktiven Umgang mit der Begrenztheit der Ressourcen erlaubt“²⁶¹.

2.2.1.3 Steuerungslücken zwischen mikro- und makrosystemischer Nachhaltigkeit

Die Anforderungen an ökonomisches Handeln, die aus dem ressourcenökonomischen Sustainable-Yield-Ansatz, aber auch aus dem umfassenderen wirtschaftsökologischen Konzept der Substanzerhaltung resultieren, münden zunächst in vorrangig mikroökonomische Handlungsprinzipien. Damit kann in vielen Fällen auch dem globalen Makro-Konzept der Nachhaltigkeit Rechnung getragen werden, zum Beispiel durch gezielte Investitionen in den Erhalt der von einem Unternehmen genutzten Kapitalstöcke.

Dennoch bedeutet ein aus mikroökonomischer Perspektive nachhaltiges Wirtschaften nicht in allen Fällen, dass sich der jeweilige Wirtschaftsakteur auch vor dem Hintergrund des globalen Leitbilds nachhaltig verhält. Die Aktivitäten eines Forstwirts, der nur so viel Holz erntet, wie im gleichen Zeitraum nachwachsen kann, aber durch die von ihm geschaffenen Monokulturen zum Artenschwund und einer dauerhaften Verödung der Landschaft beiträgt, können aus der Sicht des Makro-Leitbilds der Nachhaltigkeit ebenso wenig als nachhaltig gelten, wie die Aktivitäten eines fiktiven Unternehmens, welches seine Wertschöpfungsprozesse vollumfänglich am Prinzip der Substanzerhaltung ausrichtet (geschlossene Stoffkreisläufe, Nutzung regenerativer Energien, nachhaltiges Human Resource Management etc.), dabei aber geächtete Kriegsmittel herstellt.

Während die Zielstellungen mikroökonomischer Nachhaltigkeit in erster Linie dem Postulat mittel- bis langfristiger betriebswirtschaftlicher Rationalität unterworfen sind, spielen auf gesamtgesellschaftlicher

²⁶⁰ Vgl. hierzu auch die Argumentationslinie des Ressourcenabhängigkeitstheorems, siehe Kapitel 4.3.4.2.

²⁶¹ Müller-Christ (2001), S. 397.

Ebene zusätzliche weitere, außerhalb des mikroökonomischen Zielsystems liegende Anforderungen eine Rolle. Dazu zählen gesellschaftliche Wert- und Normvorstellungen, wie sie im oben genannten Beispiel des Kriegsmittelproduzenten zum Tragen kommen oder auch das Wissen über gesamtsystemische Zusammenhänge in Ökosystemen, wie sie für den geschilderten „nachhaltigen“ Forstwirt von Relevanz sind und von Seiten der Ökologischen Ökonomie in den Mittelpunkt gerückt wurden. Diese, den mikrosystemischen Nachhaltigkeitsanspruch übertreffenden Anforderungen müssen bzw. können dem einzelnen Akteur im Zweifelsfall aber gar nicht bekannt sein. Das heißt, ihm liegen die für „tatsächlich“ nachhaltiges Wirtschaften erforderlichen Informationen oftmals gar nicht vor, wie es etwa im Hinblick auf die komplexen Zusammenhänge in Ökosystemen und deren Tragkapazitäten²⁶², die Reichweiten von Ressourcen bzw. Reserven²⁶³ oder auch die Bedürfnisse von ihm gegenüber nicht artikulationsfähigen Stakeholdergruppen der Fall ist. Doch auch für den Fall, dass klare Informationen zur Verfügung stehen, bedeutet dies nicht, dass diese von einem nachhaltigkeitsorientierten Akteur aufgrund seiner begrenzten kognitiven Fähigkeiten auch handlungsrelevant „übersetzt“ werden können.

Um als einzelner Wirtschaftsakteur nachhaltig zu handeln ist eine Ausrichtung am ressourcenökonomischen Nachhaltigkeitsprinzip folglich zwar notwendig, aber nicht immer hinreichend.

Auf diese Differenzierung wird in der Literatur zum betriebswirtschaftlichen Nachhaltigkeitsmanagement allerdings kaum eingegangen. Vielmehr wird dort oft implizit ein Gleichklang zwischen mikro- und makrosystemischer Nachhaltigkeit unterstellt. Als Beispiel lässt sich hierfür die vielfach zitierte Begriffsabgrenzung unternehmerischer Nachhaltigkeit (Corporate Sustainability) durch Dyllick und Hockerts aus dem Jahr 2002 anführen. Die beiden Autoren übertragen die von der Brundtland-Kommission formulierte Nachhaltigkeitsdefinition unmittelbar auf Unternehmen, in dem sie den Bezugsrahmen des übergeordneten Nachhaltigkeitsleitbilds von der Menschheit im Allgemeinen auf die Stakeholders eines Unternehmens herunterbrechen:

„When transposing this idea to the business level, corporate sustainability can accordingly be defined as meeting the needs of a firm’s direct and

²⁶² Vgl. Steimle (2008), S. 59–60.

²⁶³ Vgl. Wacker, Blank (1999).

indirect stakeholders (such as shareholders, employees, clients, pressure groups, communities etc), without compromising its ability to meet the needs of future stakeholders as well.“²⁶⁴

Selbst bei einem auf Dauer angelegten Unternehmenszweck und einer umfassenden, normativen Interpretation des Stakeholder-Begriffs²⁶⁵ macht diese Übertragung doch deutlich, dass mikrosystemische bzw. -ökonomische Nachhaltigkeitsziele (Fähigkeit des Unternehmens jetzt und in Zukunft die Bedürfnisse seiner Stakeholders zu befriedigen) nicht unmittelbar mit dem makrosystemischen Nachhaltigkeitsverständnis (menschliche Bedürfnisbefriedigung im Allgemeinen, intra- und inter-generative Gerechtigkeit) gleichgestellt werden können.

Um mikroökonomische und – im Sinne des Nachhaltigkeitsleitbilds – makropolitische Nachhaltigkeit miteinander in Einklang zu bringen ist daher eine Art gesamtsystemisches Korrektiv notwendig. Mit den Begriffen der Steuerungstheorie bzw. Kybernetik²⁶⁶ ausgedrückt, müssen den einzelnen Akteuren demnach ausreichende Steuerungsinformationen bzw. -impulse gegeben werden, um ihr Handeln an gesamtsystemischer Nachhaltigkeit ausrichten zu können²⁶⁷. Dies führt wiederum zu der Frage nach geeigneten Governance-Strukturen und -Prozessen, welche diese Funktion der nachhaltigkeitsbezogenen Steuerung von Organisationen als mikroökonomische Akteure übernehmen können²⁶⁸.

Die Ausführungen in diesem Kapitel haben gezeigt, dass sich nachhaltiges Handeln nicht nur auf normative und ethische Argumentationen zurückführen lässt, sondern auch auf ökonomische Rationalität.

So kann Nachhaltigkeit – einen entsprechend langfristigen Betrachtungshorizont oder auch (wahrgenommene) absolute Knappheiten vorausgesetzt – als grundlegendes ökonomisches Handlungsprinzip und Voraussetzung für dauerhaft erfolgreiches Wirtschaften gelten.

Die frühe Argumentation durch von Carlowitz verdeutlichte hierbei, wie bei einer ausreichend langen zeitlichen Perspektive für ökonomische

²⁶⁴ Dyllick, Hockerts (2002), S. 131.

²⁶⁵ Vgl. hierzu die Ausführungen zum Stakeholderansatz in Kapitel 4.3.

²⁶⁶ Vgl. hierzu Kapitel 3.

²⁶⁷ Diese Überlegungen können entsprechend systemtheoretisch begründet werden: Ein einzelnes Subsystem ist nicht in der Lage, zu beurteilen, inwiefern es zum Erhalt des Gesamtsystems beizutragen hat. Hierfür ist ein gesamtsystemisches Korrektiv erforderlich, funktional beispielsweise begründet als „System 5“ in Beers Viable Systems Model; vgl. Beer (1981), S. 73 ff.

²⁶⁸ Vgl. Kapitel 4 und 5.

misches Handeln, in diesem Fall induziert durch die Eigengesetzlichkeiten der Ressource Holz, normatives und ökonomisch begründetes Nachhaltigkeitsverständnis unmittelbar miteinander vereinbar sind.

Wie gezeigt wurde, hat sich seit der ersten Formulierung des ressourcenökonomischen Prinzips in der Fortwirtschaft der Bezugsrahmen nachhaltigen Handelns allerdings grundlegend erweitert, wodurch neue Anforderungen an eine nachhaltige Gestaltung ökonomischer Prozesse entstehen:

„Was beim Wald als Grundsatz einfach verständlich ist, stellt uns bei der Anwendung auf die gesamte Wirtschaft vor einige Probleme politischer und wirtschaftlicher Natur. Nachhaltige Entwicklung ist ein globales, also ein Makro-Konzept, während die Umweltzerstörung die Folge der Summe der wirtschaftlichen Tätigkeiten aller Individuen und Unternehmen ist.“²⁶⁹

Zu den unter das Nachhaltigkeitsprinzip fallenden Ressourcen(-quellen) zählen nicht mehr allein regenerative, natürliche Ressourcen, sondern auch nicht-regenerative, materielle sowie zunehmend immaterielle Ressourcen, die nicht über Faktormärkte bezogen werden können und in ihrer Genese anderen Eigengesetzlichkeiten unterliegen. Gerade der nachhaltige Umgang mit den immateriellen Ressourcen Legitimität und Vertrauen und der daraus resultierenden „License to operate“²⁷⁰ spielen dabei für die weiteren Ausführungen in diesem Buch eine zentrale Rolle: Sie moderieren oft den Zufluss anderer Ressourcen²⁷¹ und können damit im Sinne von Corporate Sustainability Governance unmittelbar steuerungswirksam auf das Unternehmenshandeln werden. Die Fragestellung, ob und unter welchen Rahmenbedingungen sich daraus auch effektive, Nachhaltigkeit fördernde Governance-Prozesse entwickeln können, ist ein zentraler Gegenstand der weiteren Ausführungen²⁷².

Zudem wurde gezeigt, dass ressourcen- und mikroökonomisches Nachhaltigkeitsstreben nicht immer ausreichen, um gesamtsystemische Nachhaltigkeit sicherzustellen. Einzelwirtschaftliche Nachhaltigkeitsra-

²⁶⁹ Schmidheiny (1999), S. 135.

²⁷⁰ Howard-Grenville, Nash, Coglianese (2008), S. 77 ff.

²⁷¹ Vgl. Steimle (2008), S. 145–146. Hierfür lassen sich als Beispiele die Bedingungen für den Zufluss von Fremdkapital oder die Gefahr von Konsumentenboykotts bei Legitimationsentzug anführen.

²⁷² Vgl. hierzu die weitere Fundierung von Corporate Sustainability Governance als nachhaltigkeitsintendierende Governance in Kapitel 4 sowie die Diskussion über deren Effektivität in Kapitel 5.

tionalität führt „in Summe“ also nicht unmittelbar zu nachhaltiger Entwicklung. Vielmehr liegen auch nachhaltigkeitsorientierten ökonomischen Akteuren häufig nicht ausreichende Informationen vor bzw. können diese von ihnen nicht vollständig verarbeitet werden, um gesamtsystemische Nachhaltigkeitsanforderungen zu erfüllen.

Geeignete Governance-Prozesse können dazu beitragen, diese Steuerungslücke zwischen über- und untergeordneten Systemebenen zu füllen. Die hier relevanten Wechselwirkungen zwischen gesamt- und mikrosystemischer Nachhaltigkeit und den damit verbundenen Governance-Ebenen werden wiederum in den folgenden Kapiteln diskutiert²⁷³.

²⁷³ Vgl. Kapitel 4.1.

Corporate Sustainability Governance
Nachhaltigkeitsbezogene Steuerung von Unternehmen
in einer globalisierten Welt
Fischer, K.
2017, XIII, 299 S. 11 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-18048-5